

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: halbjährlich 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Freisinn und Konfessionsschule.

Die Firma Eugen Richter Nachf. sammelt bereits Material für die nächste Wahlkampf des „Socialistenpiegels“, der 1903 das geistige Mißgeschick der vereinigten Reaktion gewesen war, der geschäftlich offenbar sich rentiert hat und politisch wesentlich zum Erfolge — unfers Dreimillionenpiegels beigetragen hat.
 Diese Socialistenpiegel werden in der Weise erzeugt, daß im Laufe der Zeit in der „Freisinnigen Zeitung“, jetzt „Freie Deutsche Presse“ beiteilt, Leitartikel erscheinen, die einerseits bestimmt sind, dem Freisinn seine Sünde wegzudichten, andererseits der Socialdemokratie einen Haufen von Verbrechen anzufabeln. Diese Verteidigungsbüchlein und Abenanklagen werden gesammelt, fortiziert, aufgefleht und der „Socialistenpiegel“ ist fertig.

Der neueste Vorbereitungsartikel für den Socialistenpiegel in der „Freien Deutschen Presse“ beschäftigt sich mit unsern Bemerkungen über das Verhalten des Liberalismus zur Volksschule. Wir hatten beiläufig erwähnt, daß anfangs auch die Freisinnigen dem „Christlichen“ Schulantrag zugestimmt hätten. Damit haben wir unbedachtigt eine wunder Stelle der Freisinnigen Volkspartei getroffen und das Organ des Herrn Müller-Sagan schreit seine Schmerzen nun, wie es sagen würde, in „spaltenlangen“ Ausführungen in die Welt. Der „Vorwärts“ soll den Freisinn wieder einmal wider besseres Wissen verleumdet haben, er soll absichtlich verschwiegen haben, daß die Freisinnige Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhaus sofort energisch gegen das brutale Vorgehen der Spaltenbergianer protestiert und ihrerseits das Simultanschulwesen rückhaltlos verteidigt hat.

Wir gestehen, daß wir mit unserer Bemerkung, die den „spaltenlangen“ Jörn der „Freien Deutschen Presse“ erregt hat, nicht an die Volkspartei, sondern an die Vereinigung gedacht haben. Wir hatten unsere Ausführungen ja überhaupt nicht gegen den Freisinn, sondern gegen die Nationalliberalen gerichtet. Nachdem nun aber das Organ der Volkspartei so auffällig erregt sich geberdet hat, schlossen wir auf ein schlechtes Gewissen auch der Richterianer in der Volksschulfrage; wir gingen darum den Dingen auf den Grund und müssen nun allerdings widerrufen: der Freisinn hat nicht nur anfangs den Konfessionsschul-Antrag unterstützt, er verteidigt ihn — auch die Volkspartei — seinem wesentlichen Inhalt nach noch jetzt. Es hat uns selbst überrascht, als wir an der Hand der Urkunden feststellen mußten, daß der Freisinn nicht nur nicht die Konfessionslose Schule fordert, sondern sogar die Simultanschule nur als blosses Prinzip aufstellt, um sie in der Praxis zu opfern. Der freisinnige Vorkämpfer gegen den Konfessionsschul-Antrag ist ebensolcher Humpen, wie die Opposition gegen den Polltarif war, während die Richterianer in Wirklichkeit den berückichtigten Vorkämpfer übten.

Wir werden und gestalten, unsere Behauptung zu beweisen.
 Am 13. Mai 1904 wurde im preussischen Abgeordnetenhaus der freikonfessionelle Antrag auf Vorlegung eines Schulunterrichts-Gesetzes beraten. Bevor die Beratung begann, wurde jener liberal-konfessionelle Änderungsantrag im Hause verteilt, der die Konfessionalität der Volksschule gesetzlich festlegen will. Die Freisinnigen beider Richtungen stellten sich und stellten sich noch so, als seien sie durch diesen Antrag völlig überrascht und überrollt worden; Herr Fischbeck nannte sogar im Abgeordnetenhaus das Verfahren „brutal“ und wurde dafür zur Ordnung gerufen. Es mag sein, daß die freisinnigen Parteien als solche offiziell von dem Antrag vorher nicht verständigt waren. Fest aber steht, daß in den Vorverhandlungen, welche die Parteien mit den Regierungsvertretern hatten, und bei denen der Kompromißantrag abgearbeitet wurde, sowohl der Schulmann der Freisinnigen Vereinigung wie der Schulmann der Freisinnigen Volkspartei zugezogen waren, die Herren Ernst und Kopsch.

Der nationalliberale Professor Friedberg hat diesen Sachverhalt im Abgeordnetenhaus am 13. Mai 1904 festgestellt, indem er — nach dem amtlichen Stenogramm — erklärte:
 „Es ist unrichtig, daß der Herr Abgeordnete Fischbeck respektive seine Fraktion durch den Antrag überrascht worden sei. Der Inhalt des Antrages ist einem seiner hervorragendsten Fraktionsgenossen, die sich mit den Lehrerfragen beschäftigen, rechtzeitig mitgeteilt worden, und wenn der betreffende Herr es unterlassen hat, seine Fraktion davon zu unterrichten, so ist das nicht Schuld anderer Parteien.“

Was aber wußte der angeblich überraschte und brutalisierte Freisinn auf diese Enthüllung zu antworten. Herr Kopsch trat vor und gab folgendes prächtige Geständnis von sich:
 „Es ist unrichtig, daß mir dieser Antrag in offizieller Form mitgeteilt ist. Mir sind Mitteilungen vertraulicher Art über den ungefähren Inhalt des ersten Teiles des Antrages gemacht worden. Ich war aber nicht in der Lage, diese vertraulichen Mitteilungen zu benutzen, um in der Fraktion dieselben zum Gegenstand der Besprechung zu machen.“

Man begreift, daß der Sitzungsbericht bei dieser klugen Kundrede verzeichnet: „Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen“.
 So steht die Ueberraschung und Ueberrumpelung aus. Wie aber steht es mit dem energischen Protest des Freisinns und der rückhaltlosen Verteidigung des Simultanschulwesens?
 Der Redner der Freisinnigen Vereinigung, Herr Ernst, hat weder mit noch ohne Rückhalt protestiert und das Simultanschulwesen verteidigt. Dieser freisinnige Schulrektor hat es sogar fertig gebracht, den christlichen Schulantrag zu unterstützen, und daß er das mit einiger Bitterkeit gethan hat, macht seine Handlungsweise nicht besser, sondern nur umso widerwärtiger. Er sagte zu der entscheidenden Bestimmung des Antrages — der Festlegung der Konfessionsschule — wörtlich:

„Wir haben eine gewisse Besorgnis — ich darf das im Namen meiner Fraktion erklären — daß, wenn wir den Absatz a unter Nr. 2 annehmen — daß nämlich die Schüler einer Schule in der Regel auch von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden sollen — wir dadurch wahrscheinlich vielen Gemeinden unerwünschte Kosten aufbürden und die Schule in vielen Fällen schädigen werden. Indessen muß ich anerkennen, daß der Antrag im wesentlichen nur das fixiert, was bisher Praxis gewesen ist. Ich werde also gegen diesen Punkt keinen principuellen Widerspruch erheben.“

In einer Fußnote an die „Liberalen Korrespondenz“ verfiert jetzt Herr Ernst dieselbe Auffassung. Er erzählt über die Vorverhandlungen — ein hübsches Zeugnis freisinnigen Kuhhandels —:

„Einige Tage vor der Einbringung des Kompromißantrages teilte mir ein Regierungsvertreter in einer von ihm gewünschten Unterredung mit, daß die Regierung sich in einer sehr schwierigen Lage befinde: eine Neuregelung der Säkulunterhaltungspflicht sei dringend notwendig, aber die konservative Partei werde jeden Gegenteilmassnahmen ablehnen, der nicht zugleich Bestimmungen über die Konfessionalität der Volksschule enthalte. Es sei deshalb die Absicht der Regierung, zwar die Konfessionalität im allgemeinen gemäß der Verfassung, aber auch zugleich die Berechtigung der Simultanschulen in Posen, Westpreußen und Hessen-Kassau in einem Schul-Unterrichtsgesetz zu fixieren. Zu diesem Vorgehen sei meine, bezw. meiner Partei Mitwirkung sehr erwünscht.“

Nachdem ich mich im Verlauf der Unterredung, die einen vertraulichen Charakter trug und deshalb auch in ihren Einzelheiten nicht veröffentlicht werden kann, überzeugt hatte, daß nicht eine Erdrosselung, sondern vielmehr eine gesunde Weiterentwicklung der Simultanschulen beabsichtigt werde, erklärte ich mich für meine Person — nicht für meine Fraktion, der ich ausdrücklich die volle Freiheit wahrte — bereit, mit Mitgliedern anderer Fraktionen auf der angegebenen Grundlage zunächst vertraulich zu verhandeln.“

Herr v. Jedlitz habe ihm tags darauf den Antragsentwurf gezeigt, er habe einige Abänderungsvorschläge gemacht, und die „Ueberraschung“ soll nun darin bestanden haben, daß die Antragsteller in ihrer definitiven Formulierung von den Christlichen Anregungen keinen Gebrauch gemacht haben. Zur Sache selbst bemerkt der freisinnige Herr:

„Das principielle Festhalten der Freisinnigen am Princip der Simultanschule hat nicht zu verhindern vermocht, daß die §§ 14 und 15 des Jedlitzschen Schulgesetzentwurfs von 1892 allmählich im Verordnungsweg nahezu durchgeführt worden sind.“

Der Kompromißantrag will die Simultanschulen, die ich nach wie vor für die beste und in den Ostmarken für die einzig mögliche Schuleinrichtung halte, nicht erdrosseln, sondern ihre Berechtigung — wenn auch nicht ohne Einschränkung — gesetzlich anerkennen, enthält also dem gegenwärtigen rechtlosen Zustande gegenüber einen wesentlichen Fortschritt — auch in liberalem Sinne.

Herr Ernst fügt noch staatsmännisch hinzu: „Der Grundsatz alles oder nichts ist nie ein liberaler gewesen“. Abgesehen von dem schlechten Deutsch, das der Schulmann schreibt, er hat recht. Der liberale Grundsatz ist nie „alles oder nichts“ gewesen, vielmehr: „nicht alles, sondern nichts“. Der Kompromißantrag macht die Konfessionsschule zur Regel und läßt die Simultanschule nur ganz unbestimmt als gelegentliche Ausnahme zu. Indem er dem Princip der Konfessionsschule zustimmt, wahrt der Freisinn das Princip der Simultanschule. So treibt es der bürgerliche Liberalismus auf allen Gebieten: Er hat seine Principien nur deshalb, um sie als „unerreichbar“ preiszugeben und ihr Gegenteil als „möglich“ zu fördern.

Verzagte nun aber auch die Vereinigung kläglich, so hat doch die Volkspartei mit Löwenmut die Simultanschule verteidigt? Das behauptet zwar die „Freie deutsche Presse“, aber es könnte doch trotzdem zufällig wahr sein. Der Sitzungsbericht des Abgeordnetenhauses weiß von dieser rückhaltlosen Verteidigung der Simultanschule nicht das mindeste. Der ganze Unterschied zwischen Herrn Ernst, dem Redner der Vereinigung, und Herrn Kopsch, dem Sprecher der Volkspartei besteht nur darin, daß Herr Ernst die größere Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zeigte. Herr Ernst hat für die entscheidende Bestimmung des Antrages gesprochen, Herr Kopsch dagegen, thatsächlich und praktisch läuft beides auf dasselbe hinaus. Der Redner der Freisinnigen Vereinigung hatte darin recht: der Antrag legt nur die herrschende Praxis fest. Folglich mußte Herr Kopsch, wenn er rückhaltlos die Simultanschule verteidigen wollte, nicht nur gegen die Festlegung der Praxis, sondern auch gegen die Praxis selbst sich wenden. Es gab nur eine mögliche rückhaltlose Verteidigung der Simultanschule: die Forderung der obligatorischen Simultanschule. Diese Forderung aber verteidigte Herr Kopsch nicht nur nicht, er verleugnete sie im Gegenteil. Er trat für die „möglichste Verdrängung der Konfessionalität“ ein, und er verstand darunter, daß dort, wo die Gemeinde einer Konfession angehört, selbstredend die Schule auch den Charakter der Konfession der Gemeinde tragen wird“. Und als der nationalliberale Redner Hadenberg meinte, die jetzige Zeit sei am wenigsten geeignet, Simultanschulen einzurichten, da verzeichnet das amtliche Stenogramm: „Nur bei den Freisinnigen: Wollen wir nicht“. Das offizielle Organ der Volkspartei aber erklärte noch am 15. Mai 1904 ausdrücklich: „Die Liberalen haben nicht angestrebt, die Simultanschulen obligatorisch einzuführen.“

Somit erweist sich der ganze Lärm der Freisinnigen Volkspartei gegen den christlichen Schulantrag als eitel Schwindel. Sie schreien, es möchte nicht gesetzlich ausgesprochen werden, was thatsächlich ist, aber sie wollen nicht rütteln an dem, was ist; sonst müßten sie die obligatorische Simultanschule fordern, was sie aber ausdrücklich ablehnen.

Danach ist unsere Bemerkung über die Stellung des Freisinns zur Schulfrage zu corrigieren. Er hat die Konfessionsschule nicht nur anfangs unterstützt, er schützt sie vielmehr — zwar nicht principuell, sondern praktisch. Und diesen Verrat an den elementarsten Interessen der Volksbildung sucht er, wie bei ihm üblich, durch oppositionellen Lärm zu verdecken. Uebrigens ist ja auch die Programmfrage der Freisinnigen Volkspartei schon völlig zweideutig und unklar: „Unabhängigkeit der Schule von der Kirche, unbeschadet der Ordnung des Religionsunterrichts.“ Das kann zu allem und zu nichts verpflichten.

Verwunderlich ist freilich diese Haltung des Freisinns nicht. Was liegt ihm heute an der Volksschule? Man braucht nur an die Verhältnisse zu denken, die in den Städten herrschen, wo der Freisinn regiert! Wie sorgsam ist man in Berlin bedacht, die Besitzenden von den Besitzlosen zu scheiden, indem man beispielsweise jeder Vermählung, durch Vereinfachung der Vorschriften wenigstens für die unteren Klassen die allgemeine Volksschule einzuführen, sich hartnäckig widersetzt. Auch die freisinnige Bourgeoisie will die Besitzlosen in minderwertigen Schulen absperrten, auch sie will daher längst dem Volke die Religion erhalten!

Schließlich wäre ja auch das allgemeine politische Verhalten des Freisinns nicht zu verstehen, wenn ihr die Volksbildung ernstlich am Herzen läge. Für den Liberalismus ist seinem geschichtlichen Ursprung nach die Unterrichtsfrage die allerwichtigste. Wäre sie es noch heute, so wäre es unmöglich, daß eine liberale Partei sich mit den Lobfeinden aller Aufklärung, dem Junkertum und dem Merkantilismus verschwört, um das Proletariat niederzuhalten. Die Mission des heutigen Freisinns und Liberalismus aber besteht, wie man weiß, im wesentlichen darin, der Socialdemokratie Wähler abzufangen, um sie dann an die äußerste Reaktion auszuliefern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni.

Saarabische Zustände.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:
 Am Freitag, den 3. d. M. beginnt vor der hiesigen Strafkammer ein Prozeß, für den der Gerichtsvorsitzende selbst zwei Tage Dauer vorliest. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen aber wohl noch länger dauern, da es jedenfalls im Interesse der saarabischen Herrscher liegt, die gegen sie erhobenen Beschuldigungen gründlich zu entkräften. Das wird, wenn überhaupt möglich, was wir zu bezweifeln wagen, ziemlich Zeit in Anspruch nehmen. Die übereifrigen Ankläger haben selbst dafür gesorgt, daß die Beweishebungen sehr umfangreich sein müssen, soll der erhobene Vorwurf, Saarabien erinnere an „keinen Verfassungsstaat“, sondern an „asiatische Staatsverhältnisse“, widerlegt werden.

Es handelt sich um die vom „Vorwärts“ seiner Zeit schon gemeldete und besprochene Konfiskation der zwei von dem gemahregelten Bergmann Krämer herausgegebenen Flugblätter. Das erste: „Saarbergmann, wache auf!“ betitelt, wurde im März in einer Auflage von 20 000 gedruckt, die Polizei beschlagnahmte auf Antrag des Bergmanns 15 000. Das zweite Flugblatt: „Saarbergmann, höre!“ war die Ergänzung des ersten; die Polizei beschlagnahmte auch das zweite, erwischte aber nur einige Hundert, etwa 18 000 kamen glücklich unter die Massen. Wegen der Kritik, die Krämer an den fiskalischen Gruben-zuständen und den saarabischen Staatsbürgerverhältnissen übte, stellte die königliche Bergwerksdirektion, an ihrer Spitze der bekannte Geh. Bergrat Hilger, Strafanträge, die Staatsanwaltschaft verfolgte dieselben „im öffentlichen Interesse“. Die Staatsanwaltschaft hat recht, die in den Flugblättern des wegen der Teilnahme an einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung gemahregelten (?) Arbeiters Krämer erhobenen Anschuldigungen bedürfen der Aufklärung im öffentlichen Interesse, die Öffentlichkeit hat wirklich ein vitales Interesse daran, daß endlich einmal die saarabischen Zustände beseitigt werden.

Schon hat vor fünf Wochen ein Termin in der Sache stattgefunden. Merkwürdigerweise zeigte der Staatsanwalt da aber keine Lust, die Beweishebungen im öffentlichen Interesse recht gründlich vorzunehmen. Der Vertreter der Anklagebehörde war der verblüffenden Ansicht, das Urteil im Prozeß Hilger gegen den Centrumsredakteur Herrn Lehnen sei auch für den Prozeß Krämer entscheidend! Demgegenüber machte aber der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin darauf aufmerksam, daß in diesem Prozeß gemäß der Anklageschrift das Beweisthema viel weiter gestellt sei wie in den Prozeßen gegen die „Dachau-Presse“. Dort habe es sich nur um Vorgänge bei der Reichstagswahl 1903 gehandelt, diesmal aber sei infolge der Form der Anklage-Erhebung „das ganze System“ Saaraubiens einer gerichtlichen Marcellierung zu unterziehen. Hieraus entwickelte Heine seine Beweisankträge, zur größten Ueberraschung des Herrn Staatsanwalts und des als Nebenkläger zugelassenen Herrn Hilger. Der Verteidiger machte sofort 69 Zeugen namhaft, darunter Pfarrer, Gastwirte, Landwirte, Bergbeamte, Gruben-Ausschufmitglieder, Bergarbeiter, auch der vielgenannte Bergmeister Adams (Lehnen-Hilger-Prozeß) wurde citiert und ebenfalls das Zeugnis des Ministers Müller angerufen. Die Zeugen sollten aussagen über Wahlbeeinflussungen, Bruch des Wahlgeheimnisses, Bedrohung der abhängigen Wähler mit Mahregelung und sonstiger wirtschaftlicher Schädigung, Terrorismus gegenüber den Vergleuten, Verbot wahrheitsgemäßer Eintragungen in das sogenannte „Zehnbuch“ über den Befund der Zehneninspektion u. s. f. Die ganze saarabische Herrlichkeit soll im Interesse der durch sie längst beunruhigten Öffentlichkeit verhandelt werden, natürlich streng im Rahmen der Anklageschrift.

Auf diese mit ruhiger Präcision vorgetragenen Beweisankträge Heines wußte Herr Hilger „im Augenblick“ nichts Entkräftendes

zu erweitern, der Gerichtshof beschloß deshalb Verklagung der Sache auf etwa 14 Tage; es sind aber 5-6 Wochen seitdem verstrichen. Nun am heutigen Freitag kann das Drama sich abwickeln. Inzwischen hat der Verteidiger eine umfangreiche Schrift mit genau formulierten Beweisansprüchen dem Gerichtshof unterbreitet. Dieser hat beschloffen, von den 89 Entlastungszeugen nur 36 zu laden. Selbstverständlich hat Krämer die abgelesenen Entlastungszeugen sofort auf seine Kosten laden lassen. Da auch der Bergkollas seine Zeugen stellen wird, werden circa 80-90 antreten. Unter ihnen befindet sich auch der Centralredakteur Lehnen, bekanntlich Angeklagter und Verurteilter in dem letzten großen Wahlbeeinflussungs-Prozesse.

Der Krämer-Prozess verursacht der Stummischen Presse schon jetzt Vandalen. Sie sagt, dieser Prozess sei durch die Ultramontanen verschuldet, die auf solche Weise „der Socialdemokratie den Weg in das Saargebiet bahnen“. Einige Diplomaten äußerten sich schon an ihren „liberalen“ Stammischen, Herr Pilger hätte besser gethan, den Prozess nicht zu veranlassen. Das mag sein, aber nun ist einmal der erste Schritt geschehen, dem weitere folgen müssen. Da augenblicklich die „christlichen“ Gewerkschaften sich anstrengen, in ihren Gewerkschaften im Saargebiet den Weg zu verarmen, die Saarbergleute anfangen, sich in den verpönten Versammlungen einzufinden, so ist die Aufregung in den Kreisen der Stummlinge doppelt groß. Der Verlauf des Krämer-Prozesses dürfte den Herren keinesfalls behagen.

Deutsches Reich.

Militärjustiz.

„Mindeststrafe“ und Ausschluss der Öffentlichkeit.

Wiederum kommen Nachrichten von Militärprozessen, welche die völlige Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände auf diesem Gebiete erweisen und zwar in zweierlei Richtung, einmal hinsichtlich der extrem hohen Mindeststrafe, die das Militär-Strafgesetzbuch vorschreibt, sodann hinsichtlich des fast systematischen Ausschließens der Öffentlichkeit bei Militärgerichts-Verhandlungen.

Aus Erfurt wird uns berichtet: Der Rusletier Berthold Werld von der 1. Compagnie des Regiments Nr. 94 in Weimar hatte sich Mittwoch hier vor dem Kriegsgericht der 38. Division zu verantworten wegen Aufforderung zum Ungehorsam, Nötigung und thätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten im Dienst und unter Gewehr, außerdem wegen Bedrohung mit einem Verbrechen. Am 3. Mai in der Nacht war er in Gemeinschaft mit zwei andern Rusletieren bestimmt worden, die Posten am Nacht und am Schloß zu revidieren. Als Patrouillenfürher wurde der Rusletier Blumentritt bestimmt. Auf dem Wege nach dem Archiv suchte der Angeklagte den Blumentritt zu bestimmen, den Patrouillengang nicht auszuführen. Als sich der Bl. dazu nicht verstand und trotzdem den Patrouillengang verlangte, trat ihm der Angeklagte mit dem Fuß in das Gesicht. Hierin erblickt die Anklage den thätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten. Die Nötigung wird darin gefunden, daß der Angeklagte dem Bl. mit dem Gewehrkolben ins Kreuz stoßen wollte, wenn er ihn melde. Späterhin bedrohte der Angeklagte den Bl. durch folgenden Ausspruch: „Wenn Du mich meldest, komme ich auf Festung, aber in einigen Tagen lebst Du nicht mehr!“ Der Angeklagte ist in vollem Umfang geständig, nur will er im Augenblick seiner That nicht gewußt haben, daß Blumentritt als Vorgesetzter gelte. Der Vertreter der Anklage erblickt in der That nur einen minder schweren Fall und beantragt in allen Fällen die „Mindeststrafe“, insgesamt 2 Jahre 8 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte dazu auf 2 Jahre 1 Tag Gefängnis. Zwei Jahre Gefängnis ist die geringste Strafe, auf die wegen thätlichen Angriffes auf einen Vorgesetzten im Dienst erkannt werden muß. Für alle übrigen Delikte erkannte das Gericht also nur auf einen Tag, jedenfalls in dem Gefühl, daß die andre Strafe von zwei Jahren keineswegs der That entspricht.

Der Fall lehrt eindringlich, wie nötig es ist, daß die Regierungen ohne Verzug der jüngst vom Reichstag beschlossenen Resolution entsprechen, welche die Herabsetzung der Mindeststrafen des Militär-Strafgesetzes bei Vergehen von Untergebenen gegen Vorgesetzte fordert.

Aus Metz wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Mai berichtet: Seit dem Bisse-Prozess (sindem vom preussischen Kriegsministerium aus Direktiven an die Kriegsgerichte ergangen zu sein, die überall da den Ausschluss der Öffentlichkeit verlangen, wo die Beweisaufnahme überhaupt Dinge an das Licht fördert, die „unangenehm berühren“ oder die geeignet sind, ein schlechtes Bild auf die inneren Verhältnisse im betroffenen Truppenteil zu werfen; ganz gleich, ob es sich dabei um Offiziere handelt oder nicht. Ein Rusletier des Infanterie-Regiments Graf Darfuß (4. Westfälisches) Nr. 17 in Würdingen wurde wegen thätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten unter Mißbrauch der Waffe vom Kriegsgericht der 33. Division zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte legte Berufung ein, und gestern stand die Sache nochmals zur Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht an. Für die ganze Dauer der Verhandlung war wieder einmal die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nur das Urteil wurde öffentlich verkündet und zwar mit Urteilsbegründung. Wer aber glaubt, daß er hieraus ein Bild des Vorgehens bei dem Verbrechen erhalte, ist im Irrtum. Die Urteilsverkündung spielte sich folgendermaßen ab: Die Richter kommen aus dem Beratungszimmer und der Verhandlungsvorsitzende beschließt, die Öffentlichkeit wieder herzustellen. Während nun der Berichtsbote hinausgeht, um zu verkünden, daß die Öffentlichkeit wieder hergestellt ist, beginnt der Verhandlungsvorsitzende schon sofort mit der Urteilsverkündung, so daß selbst jemand, der dicht an der Thür des Sitzungszimmers gewartet hat, auch bei aller Eile hineinzu kommen, nur noch den Schluß des Urteils und dessen Begründung vernehmen kann. Deutlich zu hören war also nur, daß der Rusletier auf einen Unteroffizier mit dem Seitengewehr losgegangen war; daß aus diesen Gründen die Verurteilung verurteilt wurde und die Strafe von fünf Jahren Gefängnis als das Mindestmaß in Fällen, die nicht als „minder schwere“ angesehen werden, aufrecht erhalten blieb. Es wäre doch sehr wesentlich in diesem Falle, zu erfahren, was eigentlich vorhergegangen war, was den Angeklagten dazu veranlaßte, sich so schwer gegen Vorgesetzte zu verhalten. Erst hiernach ließe sich die ganze Sachlage beurteilen. Die Art und Weise, wie die Verkündung des Urteils vorgenommen wurde, läßt sie als eine „öffentliche“ kaum ansehen.

Ein ähnlicher Fall, aber den der Phantasie der weitesten Spielraum gelassen ist, betrifft eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht des Gouvernements vom 26. Mai. Der Kanonier Fuchs vom 8. Fußartillerie-Regiment soll seinen Untergeordneten Mitteilung über eine Serie von Mißhandlungen gemacht haben, deren sich fünf Vorgesetzte, darunter drei Unteroffiziere, schuldig gemacht haben. Als erwiesen wurden 21 Fälle angenommen und die Unteroffiziere Gehrmann und Dückholz wurden dafür zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt. Ein dritter Unteroffizier wurde freigesprochen. Auch dieser Fall wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt, obgleich er doch gewiß geeignet war, in allen seinen Teilen bekannt gemacht zu werden — schon weil gegen den Kanonier Fuchs das Verfahren wegen Meineids anhängig ein soll.

Die Niedrigkeit der bürgerlichen Presse

zeigt sich wieder in einem Anwurf gegen unsern Parteigenossen Webel wegen einer Bemerkung, welche dieser bei der Beratung über den Herero-Aufstand im Reichstage machte. Webel sprach davon, daß seit dem Erlaß der für die Hereros äußerst bedrückenden Ver-

fährungsverordnung nicht weniger als 126 000 Entreisungsformulare in der Kolonie gedruckt worden sein sollen, um die Forderungen der Händler einzutreiben. Nun schreibt ein Herr Alfred Heilbroner aus Windhof der deutschen Kolonial-Gesellschaft, die Anzahl von den 126 000 Formularen beruhe nur auf einem Witz, den er sich in der „Südafrikanischen Zeitung“ geleistet habe, um die „zu laffernfreundlichen erscheinende Verordnung“ zu verspotten. Der wichtige Herr Südwestsch, dem eine bedrückende Verordnung noch als „zu laffernfreundlich“ erscheint, fügt seinem Schreiben hinzu:

„Es ist also lediglich ein fauler Witz, den Webel für bitteren Ernst nimmt, und ebenso sind, so scheint uns, alle über die hiesigen Verhältnisse im Reichstage von Herrn Webel gethanen Neußerungen zu bewerten.“

Diesem anmaßenden Ton übernimmt die bürgerliche Presse mit breitem Grinsen. Besonders das „Berl. Tagebl.“ erlaubt sich alsbald, den Witz des Heilbroner zu schändlichen Schlußfolgerungen zu verallgemeinern:

„Die Kritikalität des Herrn Webel, die in seinen Parlamentsreden immer wieder sich gar herrlich offenbart, hat dem socialdemokratischen Führer neuerdings einen üblen Streich gespielt. In der Reichstagsdebatte über den Herero-Aufstand am 17. März erklärte Herr Webel als Anwalt der Hereros... In der That war unschwer zu erkennen, daß es sich um einen ironischen Scherz handelte, und es bedurfte der ganzen Begeisterung des Herrn Webel für die Hereros, diesen Witz für blutigen Ernst anzusehen...“

Werkwütend, daß am 17. März d. J. das „Berliner Tageblatt“ den unschwer zu erkennenden Witz keineswegs erkannte hat. Hätte es ihn erkannt, so hätte es nicht verfehlt, schon damals seine Kritikalität an unsern Parteigenossen zu erproben. Nur feigste Kritikalität kann die Zeitung vollbringen, die schweren Mißstände der deutschen Kolonialpolitik zu verschweigen und allein denjenigen zu beschimpfen, der in Ausübung einer hohen Pflicht auf Grund unangenehmester Meldungen einen nebensächlichen Irrtum begeht.

Uebrigens hat Webel in seiner Rede vom 17. März deutlich genug die Mitteilung als Gerücht gekennzeichnet. Wie die Nachricht zuerst nach Deutschland gekommen ist, wissen wir nicht, da Webel zur Zeit verreist ist.

Centrum und Kontraktbruch-Gesetz ist ein Artikel in Nr. 125 des „Vorwärts“ überföhrieben, in welchem darauf hingewiesen wird, daß der jetzige Entwurf des oben genannten Gesetzes auf wiederholten Mehrheitsbeschlüssen des Abgeordnetenhauses beruht, an denen das Centrum in hervorragender Weise mitgewirkt habe. Dies war deshalb angeführt, weil ein Teil der Centrumpresse, allen voran die „Kölnische Volkszeitung“, einen Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Organ der katholischen Arbeitervereine, übernimmt, der sich sehr scharf gegen den Gesetzentwurf ausspricht. Die „Kölnische Volkszeitung“ gebietet sich sehr demokratisch und verlangt, wie der verstorbene Dr. Lieber im Reichstage, das Koalitionsrecht für die Landarbeiter und das Gesinde.

Das Citieren des Dr. Lieber hat die katholischen Bauern in Westdeutschland mobil gemacht und ihr Organ, die „Rheinische Volksstimme“, schreibt:

„Die Ausführungen des Herrn Dr. Lieber sind für uns nicht autoritativ und werden es auch für viele Mitglieder der Centrumsfraktion nicht sein. Wir erinnern an seinen Ausspruch: „Der russische Handelsvertrag ist eine That, größer als der Sieg von Sedan“. Welches Mitglied der Centrumsfraktion hält diesen Satz noch für richtig? Derselbe dürfte daselbst heute nur ein einstimmiges mitleidiges Lächeln finden. Es ist aber gewiß, daß das von Dr. Lieber auch für die ländlichen Arbeiter und das Gesinde empfohlene Koalitionsrecht die Bauern nicht minder schwer treffen würde, als der russische Handelsvertrag. Es würde die Bauern geradezu zu Knechten ihrer Knechte machen und derjenigen Agitatoren, die an der Spitze der loalierten Arbeiter und Dienstboten ständen...“

Und dafür sollte das gesamte Centrum eintreten! Diejenigen Abgeordneten, die der Landwirtschaft nahe stehen und ihre landwirtschaftliche Kenntnis nicht bloß aus der „Köln. Volkszeitung“ schöpfen, sind für ein solches Koalitionsrecht gewiß nicht zu haben. Die „Kölnische Volkszeitung“, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ und der „Katholische Volksverein“ thäten u. E. darum im Interesse des Centrums besser, wenn sie die Agitation für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter und Dienstboten einstellen und sich anderer Arbeit, die ihnen näher liegt, zuwenden wollten.“

Und daß diese Richtung im Centrum dafür sorgen wird, daß der Entwurf Gesetz wird, ist bestimmt trotz der schönen Tiraden der „Kölnischen Volkszeitung“. Diese Sorte von Centrumsblättern hat nachher noch die Aufgabe, die sie aber stets sehr gut zu lösen vermag, ihre gläubigen Leser damit vertraut zu machen, daß die Wandlung eine Notwendigkeit für die Centrumpartei war.

Die Kulturansagen leiden nicht!

In einer Schrift „Das preussische Kultusministerium und die Bestrebungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; ein Beitrag zur Geschichte des medizinischen Unterrichts“ unternimmt Professor Kromayer die Flucht in die Öffentlichkeit, nachdem er seine Documente für Hautkrankheiten an der Universität Halle niedergelegt hat. Einleitend weist Professor Kromayer, nach einer Wiedergabe der „Voss. Zig.“, darauf hin, welche Bedeutung der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten für das Allgemeinwohl hat und daß in diesem Kampfe die Hebung des einschlägigen Universitätsunterrichtes eines der wichtigsten Mittel ist. Dann schildert er die Entwicklung dieses Unterrichts an der Universität Halle, den als specialistischen er ins Leben gerufen hat. Er schreibt: „Nachdem ich seit 1891 den dermatologischen Unterricht an der Universität Halle mit Hilfe meines privaten Krankenmaterials gegeben hatte, trat das Kultusministerium im Jahre 1899 an mich mit dem Antrage heran, eine universitätspolitischer Hautkrankheiten zu errichten und zu leiten gegen Gewähr einer pekuniären Subvention, Erteilung des Lehrauftrages und Vereinerlichung der Professur für mein Fach. Obgleich es mit der in Aussicht gestellten Subvention nur möglich war, einen Teil der erwachsenden Kosten zu bestreiten, nahm ich den Antrag doch an, in der sicheren Erwartung, daß, wenn einmal der Anfang gemacht wäre, die Verhältnisse selbst zu einer weiteren Entwicklung führen würden. Darin sollte ich mich nun freilich getäuscht haben. Das Ministerium beantragte zwar alljährlich während der nachfolgenden vier Jahre die etatsmäßige außerordentliche Professur für mich, wurde aber ebenso regelmäßig vom Finanzminister abschlägig beschieden, so daß ich mich mit dem Bedauern des Ministeriums, die Position nicht haben durchsetzen zu können, und mit dem Titel Professor begnügen mußte. Auch betreffs der an sich schon nicht zu reichenden pekuniären Subvention stellten sich allerlei Schwierigkeiten ein und schließlich wurde eine Zerplitterung des Lehrmaterials herbeigeführt, durch die der Unterricht dauernd gefährdet wurde, so daß Prof. Kromayer nun sein Amt aufgab. Er zieht aus seinem Erlebnis diese Lehre:

„Wenn ich von einer Wertbestimmung des ganzen in dieser Angelegenheit zu Tage getretenen Verhältnisses des Ministeriums zunächst absehen zu dürfen glaube, da die Thatsachen selber eine genügend deutliche Sprache reden, so möchte ich doch auf eine andre wichtige Frage hinweisen: ob nicht die Allgemeinheit ein Interesse daran hat, daß das Kultusministerium dem Finanzminister gegenüber, was es im Interesse der Kultur für notwendig erachtet, auch durchzusetzen in Stande sein muß. So sehr Sparankheit im Staatshaushalt zu empfehlen ist (für Unterkunterstützung hat der preussische Staat bekanntlich stets sehr viel Geld! Reakktion), es giebt gewisse Grenzen, die sie nicht überschreiten darf. Zu diesen gehört in allererster Linie die öffentliche Gesundheit. Wo Interessen

der öffentlichen Gesundheit in Frage kommen, sollen alle Sparankheitsrückichten wegfallen. Und da komme ich auf das, was ich eingangs gesagt habe, zurück: Heute, wo vom Staate die ungeheuren Gefahren anerkannt sind, die unsern Volkswohl durch die Geschlechtskrankheiten drohen, und es eine hohe Pflicht des Staates ist, diesen Gefahren entgegenzutreten, darf es auf etliche tausend Mark nicht ankommen, wenn es gilt, den Anfang mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu machen, d. h. Lehrstühle an den Universitäten für dieses Fach zu errichten. Das Kultusministerium hat aber vier Jahre hindereinander den Lehrstuhl für dieses Fach in Halle beim Finanzminister beantragt, ohne den Antrag durchsetzen zu können. Hier hat die Öffentlichkeit ein Interesse daran, des Kultusministeriums Kraft zu stärken, so daß es nicht mit wichtigen Forderungen im Interesse des öffentlichen Wohles vom Finanzminister abhängig ist.“

Ein Säbelduell. Aus Göttingen wird vom 2. Juli gemeldet: Zwei hiesige Reserve-Offiziere haben am 31. Mai im Stadtwald ein Duell auf krumme Säbel ausgefochten, bei dem beide Gegner, der eine schwer, verletzt wurden. Die Veranlassung zu dem Duell waren unerlaubte Beziehungen des einen Duellgegners zu der Ehefrau des andern.

Der aufreizende Name. Ein Herr Gendzierowski aus Sulmierzyce (Prov. Posen) ließ den Namen einer Tochter als „Wisława Marja“ in das Geburtsregister eintragen. Der Standesbeamte verweigerte die Eintragung. Auf die hiergegen eingelegte Beschwerde ersich das Amtsgericht Dolsanow einen ablehnenden Bescheid, der jetzt von der polnischen Presse veröffentlicht wird und ins Deutsche zurücküberföhrt lautet:

Sie beschwerten sich, daß der Beamte bei der Geburtsanmeldung Ihrer Tochter die Eintragung der Namen „Wisława Marja“ abgelehnt hat. Abgesehen davon, daß der Name „Wisława“ hier unbenannt ist, erweist sich dieser Name als anstößig, erregend und aufreizend, denn man muß „Wisława“ als von „Wisła“ (Weichsel) abgeleitet ansehen — dem Flusse, der in national-polnischer Beziehung dieselbe Bedeutung hat, was im Deutschen „Rhein“ und deshalb in polnischen Ländern vergöttert wird.

Deshalb hat der Beamte mit Recht und gemäß der Verordnung des Ministers des Innern vom 15. Dezember 1888 die Eintragung des Anstößigen erregenden und aufreizenden Namens verweigert.

Königl. Amtsgericht.

Politik — auf dem Standesamt!

Kamerun-Hoffnungen. Der Gouverneur von Kamerun, Herr v. Puttkamer, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen. Er ist jetzt, wie mitgeteilt wird, von einer ausgedehnten Forschungsreise bis zum Tschadsee zurückgekehrt, auf der er Adamawa, das Mandaraland und die Sultaneate am Tschadsee besuchte. Seine Reise habe ergeben, daß das ganze Tschadseegebiet dicht bevölkert ist und dort großer Wohlstand herrscht. Die Vorkarbeiten für die Kamerun-Eisenbahn, welche die Kolonie bis zum Tschadsee erschließen soll, habe das Kamerun-Bahnindikat bereits vollendet. Der Bau der Bahn sei gesichert. Zunächst werde eine Teilstrecke von ungefähr 200 Kilometer gebaut werden, die beim Hafen Qualla beginnt und nach Norden zum Tschadsee führt. Die Auffindung von Edelmetallen, Steinkohlen und Petroleum im Gebiet der Bahn hat zur Folge gehabt, daß sich ein besonderes Kamerun-Minenindikat gebildet hat, um die Bodenschätze der Kolonie zu heben.

Ausland.

Aus dem englischen Unterhaus.

Das Verhältnis zu Frankreich und Deutschland. Die russischen Streuminnen. Die allgemeine Wehrpflicht.

Ueber den Fortgang der bedeutsamen Debatte zur auswärtigen Politik im englischen Unterhaus, von der im gestrigen Depeschenteil berichtet ist, wird weiter aus London gemeldet:

Nachdem verschiedene Redner des Hauses das Abkommen mit Frankreich gebilligt haben und nur Sir Charles Dille bedauerte, daß das Abkommen eine militärische Allianz mit Deutschland ausschließe, nahm Premierminister Balfour das Wort: Bezüglich der in der Debatte zur Sprache gekommenen Verwendung der französischen Flagge in Madagat und anderwärts ist es wahr, daß im verflochtenen Jahre eine sehr schwierige Frage zwischen uns und der französischen Regierung entstanden ist und ich bin erfreut sagen zu können, daß unter Zustimmung beider Regierungen diese Frage dem Haager Tribunal zur Entscheidungsüberweisung worden ist (Allgemeiner Beifall). Ich bin völlig außer Stande, der Behauptung Sir Charles Dilles, daß der Vertrag ein vollständiger Umsturz der auswärtigen Politik Salisbury sei, beizupflichten. Dille hat gesagt, der Vertrag sei unvereinbar mit irgend einer militärischen Allianz mit Deutschland. Ich habe aber nie gehört, daß eine solche Politik von irgend einer Partei angeregt worden sei, und ich bin sicher, daß kein Teil der Politik Salisbury gebildet. Ich befreite, daß das, was geschehen ist, unvereinbar ist mit einem freundlichen Abkommen mit Deutschland oder mit irgend einer andern Macht. Die enormen internationalen Vorteile des Abkommens betreffend Neu-Fundland werden bei weitem nicht genügend gewürdigt. Es gab Zeiten, wo der Frieden zwischen Frankreich und England fast an einem Faden zu hängen schien, und nur der Laiz der Marineoffiziere der beiden Mächte an Ort und Stelle machte die Urtreue Abmachungen erträglich. Diese ewige Drohung ist glaube ich, jetzt beseitigt. Das gesamte Abkommen darf nicht als Kaufgeschäft betrachtet werden. Was jeder der beiden Staaten ausgiebt, ist in der Hauptsache die Möglichkeit, die freie Entwicklung des andern zu hindern, und was jeder gewinnt, ist die Möglichkeit, sich in äußerster Freiheit in Ägypten, Neu-Fundland und Marokko zu entwickeln. Es wird gesagt, wir hätten viel in Marokko gegeben; aber hätten wir vielleicht für die nächste Generation einen Kampf ins Auge fassen wollen, der nicht zu unserm Vorteile hätte dienen können? In den Beziehungen der westlichen Mächte zu den halbivilisierten Staaten liegen große Gefahren für den Weltfrieden, einer dieser Staaten ist aber jetzt davon ausgenommen. Wir haben nicht nur keine englischen Interessen geopfert, sondern die britischen Interessen sind schon allein hinsichtlich des Handels in Marokko wesentlich durch das Abkommen gefördert. Balfour bezeichnet schließlich das Abkommen über Ägypten als eine Erleichterung der großen philanthropischen und administrativen Aufgabe Englands und glaubt, daß auch die Geschichte das Abkommen einst billigen werde und daß diese große Urkunde als der Beginn einer neuen glücklichen Zeit in den internationalen Beziehungen Englands werde betrachtet werden. (Beifall.) Die zweite Lesung wird darauf ohne Abstimmung angenommen.

In der Mittwochssitzung des Unterhauses erklärte auf eine Anfrage der Unterhaatssekretär im Auswärtigen Amt Carl Berch, die britische Regierung habe den kriegführenden Regierungen keine Vorstellungen in betreff von schwimmenden Minen gemacht; dem Gegenstand sei die sorgfältige Aufmerksamkeit der Regierung gewidmet und sie sei nicht bereit, eine Ausdehnung der Drei-Seemeilenzone anzuerkennen.

Herbert Samuel fragt an, ob die Regierung beabsichtige, dem Hauße Vorschläge zu unterbreiten, die auf dem Majoritätsbericht der königlichen Kommission, in welchem sich diese zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht ausspricht, beruhen. Der Kriegsminister Arnold-Forster erwidert, die Regierung beabsichtige nicht Vorschläge zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht vorzulegen. (Beifall.)

Frankreich.

Generalratswahlen in Seine-Departement. Paris, 31. Mai. (Fig. Ver.) Der Generalrat des Seine-Departements besteht aus den 80 Gemeinderats-Mitgliedern des

Stadt Paris und 21 Vertreter der Pariser Commune. Die Generalwahlen dieses Departements finden daher statt im Anschluß an die Pariser Gemeindevahlen, während sonst im ganzen Lande die Generalräte alle drei Jahre zur Hälfte erneuert werden.

Die am letzten Sonntag vorgenommenen Wahlen trugen dieselbe Signatur wie die Pariser Gemeindevahlen: Rückgang und Abbröckelung des 1900 festgesetzten und plötzlich vordringenden Nationalismus, Stimmzugewinn der Linksparteien und besonders der Sozialisten.

Zur Wahl standen 11 radikale und sozialistische und 10 nationalistische Mandate. Gewählt wurden im ersten Wahlgang 4 Nationalisten, 1 Radikaler und 7 Vertreter der Linken, darunter 2 Radikale und 2 Sozialisten (1 Vertreter der S. S. de F. und 1 Allemanist), sämtlich bisherige Ratsmitglieder. Aber die neun Stichwahlen sind sämtlich den Linksparteien günstig, vorausgesetzt, daß Radikale und Sozialisten überall einander unterstützen.

Die Stimmen verteilen sich wie folgt: Sozialisten aller Richtungen 49 181, Radikal- und Linkrepublikaner 37 676, zusammen 86 857 Stimmen der Linken; Nationalisten 87 476, Radikale 12 185, zusammen 49 661 Stimmen der Rechten. Die Stimmenmehrheit der Linken ist somit in der Commune erheblich größer als in Paris, es ist fast eine Zweidrittelmehrheit. Die Sozialisten haben im Vergleich mit 1900 ungefähr 10 000 Stimmen gewonnen und sie mühten in den Stichwahlen fünf Mandate gewinnen, wenn die Radikalen ebenso streng „republikanische Disziplin“ hielten wie in den Pariser Gemeindevahlen.

Unruhen in Drest. „Bureau Herald“ meldet aus Drest vom 2. Juni: Handwerker und andre Arbeiter durchzogen gestern unter Abkündigung revolutionärer Lieder die Straßen und bombardierten die Wohnungen der Reeder. Die Genarmee schritt ein, wobei es zu Zusammenstößen kam. Es wurden auf beiden Seiten mehrere verletzt, vier Verhaftungen wurden vorgenommen. Auch in Lorient sind Unruhen im Gange, veranlaßt durch den kürzlichen Ausstand. Mehrere 100 Personen versuchten Häuser in Brand zu setzen. Truppen sind telegraphisch herbeigerufen worden. Die Dienstboten drohen ebenfalls mit Ausstand.

Italien.

Rom, 2. Juni. (S. S.) Der Kultusminister unterbreitete gestern der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend Erhöhung des Gehalts der Priester von 900 auf 1000 Lire. Trotzdem sich die Sozialisten diesem Gesetzentwurf energisch widersetzen, so glaubt man doch, daß der Entwurf angenommen wird.

Niederlande.

Ueber eine „Schlacht“ in Atsch, besser gesagt: eine Meuterei, brachte der „Nieuwe Amsterdamse Courant“ am Mittwoch eine Depesche aus Batavia, in der mitgeteilt wird, daß das bestgesetzte Kompong Penosan erobert worden ist. Dabei wurden 275 Eingeborene getötet. Auf der Seite der Holländer fielen 5 Soldaten; 3 Offiziere und 27 Mann von der inländischen Genarmee wurden verwundet.

Afrika.

Morocco. Dem amerikanischen Konsul in Tanger ist der Auftrag erteilt worden, die marokkanische Regierung zu benachrichtigen, daß die Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf das Vorgehen anderer Staaten darauf bestehen würden, daß Raisuli, wenn seinem Gefangenen Verdictis irgend ein Leid zugefügt werden sollte, dafür zur Verantwortung gezogen werde, und daß die Vereinigten Staaten in diesem Falle verlangen würden, daß Raisuli gefangen und hingerichtet werde.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Das Schweigen vor dem Sturm! Während sich der Entscheidungslampf um Port Arthur unmittelbar vorbereitet, bleiben alle Nachrichten aus.

Ein gänzlich ungläubiges Telegramm läßt den letzten Sturm auf Port Arthur bereits beginnen. Aus London übermitteln das „Bureau Baffan“ folgende Meldung:

Der letzte Vorstoß der Japaner gegen Port Arthur soll einer „Daily Express“-Meldung aus Nishiu zufolge am Donnerstag zu erwarten sein, an welchem Tage die japanischen Aufklärungstruppen die russischen Vorposten nördlich von der Festung erreichen dürften. Man nimmt an, daß die dritte japanische Armee dicht bei Port Arthur, wahrscheinlich in der Pigeon-Bai, landen wird. Ein Belagerungsgepäckpark und große Mengen schwerer Munition wurden in der Nähe von Kintschou gelandet. Ein Pionierbataillon mit Spreng- und Baumaterialien zur Verwendung gegen Port Arthur wartet auf seine Ausfertigung. Das Bataillon hat eine Luftballonabteilung bei sich, die zur Information der Artillerie verwendet werden soll.

Die Wüste des Krieges.

Der Rückzug der Russen von Kintschou nach Port Arthur zeigt die Kulturlosigkeit russischer Kriegsführung. Ein Telegramm des „Lokal-Anzeigers“ aus Nishiu berichtet:

Die Russen leisteten aus ihrem Rückzug nach Port Arthur jeden Schritt breit hartnäckigen Widerstand. Sie zerstörten die Eisenbahn, verbrannten alle Häuser und machten überhaupt die Kwantung-Halbinsel zu einer Wüste. Viele Seeräuber-Disziplin umkreisen die Halbinsel wie Krähen einen Leichnam.

Eine neue Niederlage der russischen Hauptarmee vorläufig gerichtlich in folgendem Telegramm:

Nach einer Meldung der „Central News“ aus Tokio via Rom schlug General Kuroki in einer großen Schlacht bei Sumentse Kurovattin. Die Russen verloren mehrere Geschütze und gaben ihre Stellung bei Hattscheng auf. Aus Petersburg wird gleichfalls ein dreitägiges Gefecht bei Sumentse gemeldet, nach welchem sich die Russen zurückzogen.

Vestätigung fehlt bisher.

Die russischen Verluste bei Kintschou werden jetzt in einem russisch-offiziellen Telegramm aus Mukden wie folgt angegeben:

Die russischen Truppen haben, bevor sie dem Feinde nach achtstündigem Kampfe die Position bei Kintschou überließen, die unbeschädigt gebliebenen Geschütze unbrauchbar gemacht. Die russischen Verluste an Toten und Verwundeten betragen 30 Offiziere und 900 Mann.

Partei-Nachrichten.

Aus der Schweizerischen Partei. In St. Gallen bereitet sich langsam, Schritt für Schritt, die reinliche Scheidung der Sozialdemokratie von der demokratischen Partei vor. Der Beschluß, neben dem demokratischen „St. Galler Stadtanzeiger“ ein selbständiges sozialdemokratisches Parteiblatt herauszugeben, ist bereits mitgeteilt worden. Nun haben die sieben Arbeitervertreter im Kantonsrat eine besondere sozialdemokratische Fraktion gebildet, die aber den Zusammenhang mit der demokratischen Fraktion bis auf weiteres aufrechterhält. Das eiserne Miß der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gelangt überall zum Durchbruch, mit der Unabwendbarkeit eines Naturgesetzes.

Wir melden, daß im Züricher Großen Stadtrat unser Genosse Grenchlich zweiter Vizepräsident ist. Wir fügen hinzu, daß im Winterthurer Großen Stadtrat Genosse Farrer Meiden erster Vizepräsident ist, die Genossen Kärholz im Solothurner und Reimann im Berner Kantonsrat (Landtag) zweite Vizepräsidenten sind. Endlich sei erwähnt, daß Genosse Wulfschlegler für das Jahr 1904 Präsident der Regierung in Basel ist.

Das Züricher Parteikomitee beschloß in seiner am letzten Sonntag in Winterthur abgehaltenen Sitzung die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes betreffend die Proportionalwahl des Kantonsrates, ferner eine lebhaftige Agitation für die Annahme des neuen Steuergesetzes sowie die Unterstützung der Initiative des kantonalen Lehrervereins betreffend die Beförderungserhöhung und endlich stellte es folgendes Aktionsprogramm auf: Revision des Armengesetzes, gesetzlicher Schutz des Ladenpersonals, Gesetz betreffend die Sonntagsruhe, Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule, Einführung der bedingten Beurteilung, amtliche Inventarisierung in allen Todesfällen und Erbschaftssteuergesetz.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Juni 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 1/3 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage wegen Erwerbungs des Gaswerks Grundstücks in Friedenau sind u. a. auch die Stadtv. Borgmann, Bruns, Heimann (Soc.), in denjenigen zur Begutachtung der beabsichtigten Polizeiverordnung zur Einschränkung des Straßenhandels die Stadterordneten Antrik, Singer, Jubelil (Soc.) delegiert worden.

An Stelle des Stadtv. Rommeln wird Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) in den Petitionsausschuss gewählt.

Nach den Beschlüssen der Versammlung in Betreff der Speisung des Herulesbrunnens auf dem Löhovplatz würde der Brunnen bis zur Fertigstellung der neuen Pumpenanlage ohne Wasser bleiben, was nach der Ansicht des Magistrats nicht angeht. Es sollen deshalb nach seinem Vorschlag die städtischen Wasserwerke vorläufig das Wasser liefern und mit dem Selbstkostenpreis von 11 Pf. pro Kubikmeter bezahlt erhalten. Hierzu wird die Bewilligung von 30 000 Mk. aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben nachgefordert.

Stadtv. Friederici (A. L.): Es wird uns hier zugemutet, einen von uns nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Beschluß nach wenigen Monaten wieder umzustößen. Auch das Wasser sollte die Kunstdeputation aus ihrem Fonds bezahlen. Die Pumpenanlage hätte schon im Mai fertig sein können; aber noch heute hört man nichts davon. Die bisherige Stellung der städtischen Kunstdeputation über den städtischen Behörden vertritt sich überhaupt nicht länger mit einer geordneten Verwaltung. Die Mehrheit hat alle Ursache, an ihrem früheren Beschlusse festzuhalten, und muß daher auch diese Vorlage ablehnen.

Stadtrat Haack: Wir müssen doch auf alle Fälle verhindern, daß diese Brunnenanlage in der heißen Jahreszeit wasserlos bleibt. Finanzell ist die Vorlage ganz unbedenklich. Die weiteren Ausführungen des Magistratsvertreters erfolgen mit so leiser Stimme, daß sie für die Tribune völlig verloren gehen.

Stadtv. Balkach (A. L.): Bei der Erörterung hat uns gerade der Magistrat erklärt, daß das Wasser aus den städtischen Werken zu teuer sei, deshalb solle das Pumpwerk gebaut werden. Ich beantrage, die Vorlage abzulehnen, den Magistrat aufzufordern, den Bau des Pumpwerkes sofort in Angriff zu nehmen, und das Wasser für den Brunnen inzwischen den städtischen Wasserwerken zu entnehmen.

Dieser Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen.

Die Abänderung des Beschlusses vom 24. März 1881 betreffend die städtische Feuerlokalität ist von dem eingesetzten Sonderausschuss gutgeheißen worden. Danach soll den im Laufe des Geschäftsjahres eingehenden Anträgen der Eigentümer, ihre Neubauten erst von Beginn des neuen Geschäftsjahres, d. h. erst vom 1. Oktober ab, in die Societät aufzunehmen, stattgegeben werden. Die Taxaufnahmen vor diesem Datum sollen für das laufende Geschäftsjahr beiderseits weder Rechte noch Pflichten begründen.

Stadtv. Balkach beantragt noch die weitere Bedingung aufzustellen, daß die Pflicht zur Zahlung des Feuerlokalbeitrags mit dem ersten Tage des Quartals beginnt, in welchem die Aufnahme erfolgt ist. Dieser Antrag sei im Ausschusse gewissermaßen nur aus Versehen nicht angenommen worden, indem er einigen Mitgliedern noch nicht weit genug ging.

Nach kurzer Debatte wird die Angelegenheit an den am fünf Mitglieder zu verstellenden Ausschuss zurückgegeben.

Der Pächter der Restauration in der Markthalle am Arminusplatz, Sadevater, soll aus seinem Mietsvertrage entlassen werden, da er in Folge des geringen Geschäftserfolges gänzlich mittellos geworden ist und die Miete (2000 Mk. jährlich) nicht mehr erlegen kann. Seine Kauion von 2000 Mk. soll verfallen.

Stadtv. Perls (A. L.) beantragt Ausschussberatung, da die generelle Frage geprüft werden müsse, ob das jetzige System der Vergabe solcher Lokalitäten richtig sei.

Stadtv. Sachs (A. L.) bittet, die Vorlage ohne Weiterungen anzunehmen. Es komme täglich dutzendmal vor, daß Personen mit nicht genügender Geschäftskennntnis solche Geschäfte übernehmen und sich nachher in ihren Hoffnungen getäuscht sehen. Der vorliegende Einzelfall gäbe zu Verallgemeinerungen gar keinen Anlaß. Auch der überhand nehmende Straßenhandel dürfte dazu beigetragen haben, daß Sadevater zurückgelassen sei.

Stadtv. Perls wendet sich gegen diese Argumentation.

Stadtv. Heller bittet, die generellen Grundsätze für die Vergabe und für die Kauionsbestellung nicht aus Anlaß dieses Einzelfalles zum Gegenstande der Kritik zu machen. Von rigorosem Vorgehen gegen den Pächter sei keine Rede.

Unter Ablehnung des Antrages Perls wird die Vorlage angenommen.

Bei der dritten Trennanstalt in Buch soll ein besonderes Verwahrungshaus für solche Geistesranke eingerichtet werden, die Gesetzesverletzungen begangen haben. Daneben wird auch ein besonderes Pflegerhaus für diese Abteilung erforderlich. Die Kosten sind auf 270 200 bzw. 76 100 Mk. veranschlagt.

Stadtv. Sachs stellt das Bedürfnis für nicht zweifelslos erwiesen an und beantragt, diese ziemlich plötzlich ersichene Vorlage einem Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. Dr. Langerhans: Es hat mich wahrhaft erschreckt, daß uns jetzt eine solche Zumutung gemacht wird. Ausschussberatung ist unumgänglich; die viel umstrittene Frage der Unterbringung irrer Verbrecher muß gründlich erörtert werden. Schon in dem ursprünglichen Projekt hätte ein solches Haus vorgesehen werden müssen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, welchem die Versammlung auch die vorgelegten speziellen Entwürfe zu verschiedenen Gebäuden beim Rudolf-Wirchow-Krankenhaus überweist.

Der Magistrat hat sich nunmehr damit einverstanden erklärt, daß auf dem städtischen Terrain an der Perleberger- und Quigowstraße eine Gemeinde-Doppelschule erbaut und gleichzeitig eine Vergrößerung des Hofes der V. Realschule um 220 Quadratmeter vorgenommen wird.

Auch für diese Vorlage wird Ausschussberatung beschlossen. Zur Beratung gelangt nunmehr die Vorlage, durch welche der Magistrat den Bau von

fünf städtischen Straßenbahnlinien

in Vorschlag bringt. Im Norden sollen zwei solcher Linien: Valtenplatz—Stettiner Bahnhof und Abzweigung Valtenplatz—Weddingplatz, im Süden drei: Großgörschenstraße—Dönhofsplatz, Kreuzbergstraße—Dönhofsplatz, Hermannplatz—Dönhofsplatz gebaut werden. Im ganzen wird für den Bau ein Kredit von 5 1/2 Millionen Mark verlangt.

Vom Stadtv. Cassel (A. L.) liegt der Antrag auf Ausschussberatung vor.

Stadtv. Solmich (Fr. Fr.): Ich trete ganz unpräjudiziert an die Vorlage heran und bin gerade deshalb von meinen Freunden zum Sprecher aufersehen worden. In dem Beschlusse von 1900 ist ausgeprochen, daß grundsätzlich alle neuen Linien von der Stadt gebaut werden sollen. Damit hat aber gewiß das Recht der Stadt, eventuell auch den Bau von Linien privaten Gesellschaften auf-

zutragen, nicht aus der Hand gegeben werden sollen. Ob der Vorschlag geeignet ist, von dem Recht der Erbauung eigener städtischer Linien Gebrauch zu machen, wird näher im Ausschusse zu prüfen sein, ebenso die Frage des Bedürfnisses und der Rentabilität, worüber die Begründung sich sehr knapp ausläßt.

Stadtv. Singer (Soc.): Auch ich muß anerkennen, daß diese Vorlage eine Ausschussberatung wert ist. Heute handelt es sich hauptsächlich darum, ob die Versammlung tatsächlich ausführen will, was sie 1900 principiell beschlossen hat. Seitdem ist die Tätigkeit der Verkehrsdeputation eine wahre Leidensgeschichte. Sie darf sich das Zeugnis ausstellen, fleißig gearbeitet zu haben; namentlich der Tätigkeit des Stadtbaurats Krause, der mit fast übermenschlichem Eifer und mit bewunderungswürdiger Geduld gearbeitet hat, niemals ermüdet ist und jetzt endlich die Freude hat, wenigstens den Anfang einer Krönung seiner Tätigkeit zu sehen, muß hier rühmend gedacht werden. Aber es muß auch ausgesprochen werden, daß wir trotz aller Arbeit, alles Fleißes, aller Unverdroßlichkeit keinen Schritt weiter gekommen sind, weil man zwar geglaubt hat, sagen zu können, man sei nicht grundsätzlich gegen eine städtische Bahnlinie und eigne städtische Regie, aber die Rentabilität müsse nachgewiesen sein! Daß die städtischen Straßenbahnen nicht jeder Rentabilität entbehren dürfen, ist ein berechtigter Einwand, aber ich ziehe den umgekehrten Schluß: Bis 1919 hat die „Große“ das Monopol und bis dahin kann gar nicht an eine Rentabilität einer städtischen Bahnlinie gedacht werden, und wer diese verlangt, verzichtet überhaupt auf den Bau städtischer Straßenbahnen. (Stadtv. Cassel: Sehr richtig!) Es muß einem Zustande ein Ende gemacht werden, der sich in der Deputation bis zur Unelendlichkeit gesteigert hat, dem Zustande, daß trotz aller Projekte, trotz aller Versuche bei den Aufsichtsbehörden immer eingewendet wird, daß die städtischen Behörden ja noch immer keine Linie genehmigt hätten. Der Widerstand der Aufsichtsbehörde ist ja jetzt geringer, aber noch nicht ganz beseitigt. Die dem Magistrat müssen wir ein Ende machen, indem wir jetzt, daß wir etwas leisten wollen. Dann wird das leere Gerede, daß die Stadtverwaltung keine Bahn leiten kann, ein Ende nehmen. Wir müssen auch die Zeit benutzen, um uns fähig zu machen, das große Straßenbahnnetz 1919 zu übernehmen und weiter zu führen. (Zustimmung.) Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte für unsere diesmalige Ausschussberatung. Nun steht uns die „Große“ gegenüber als ein kapitalistisches und kapitalmächtiges Unternehmen, welches von den verschiedenen Stellen außerhalb des roten Hauses bis an Stellen, die uns nicht mehr zugänglich sind Unterstützung findet; wir stehen auch der Gefahr gegenüber, daß mehr und mehr auch diese Art von Gesellschaften sich fusionieren und schließlich einen Ring bilden, dem gegenüber die Stadt schließlich ohnmächtig ist; und mit jedem Jahre, welches vergeht, ohne daß wir die Verkehrsbedürfnisse befriedigen, ohne daß wir praktisch lernen, vergrößert sich die Gefahr, daß wir 1919 unerfüllbaren Verpflichtungen gegenüberstehen. Wer hinter die Coulissen blickt, die sich auch in der Öffentlichkeit dem erstaunten Blick des Publikums manchmal öffnen, hat wahrgenommen, daß ein hiesiges Vorkriegsblatt im vorigen Sommer Ausführungen von außerordentlichem Interesse nach dieser Richtung gemacht hat. Natürlich nahm es für sich größte Objektivität in Anspruch; tatsächlich aber waren diese Artikel allein im Interesse der „Großen“ geschrieben. Was sie dafür etwa geleistet hat, geht mich nichts an, ich lasse mir an der Thatsache genügen. Der letzte der fünf Artikel des „Vörsen-Courier“ führte aus, daß alle Versuche, die „Große“ bei weiterer Ausgestaltung der Verkehrswege zu umgehen, auf unüberwindliche rechtliche und finanzielle Schwierigkeiten stoßen würden. ... Sollte die Stadt, nach dem vor einigen Jahren einmal in der Ueberzeugung aufgestellten Programm, in Zukunft nur Linien für eigne Rechnung bauen und betreiben, so würde sie dabei ebenso schmerzliche Erfahrungen machen, wie beim Erwerb der Siemens'schen Straßenbahn. ... Diese Erkenntnis scheint sich auch bei den städtischen Behörden schon Bahn gebrochen zu haben. ... Zum Schluß: Es genügt uns, den Beweis erbracht zu haben, daß die Stadt im Einverständnis mit der Großen Berliner Straßenbahn die ihr obliegenden Aufgaben für den Verkehr mit Leichtigkeit erfüllen kann, während sie ohne Mitwirkung des Unternehmens nichts zu erreichen vermag. (Hört! hört!) Das ist die Auffassung jener kapitalistischen Gesellschaft von der Befriedigung des Verkehrsbedürfnisses. Für uns entsteht nun die Frage, wollen wir diesem Unternehmen gegenüber auf jeden Versuch verzichten, unsfererseits den grundsätzlichen Beschluß in die Praxis zu überlegen. Im einzelnen die Vorlage zu kritisieren, empfiehlt sich nicht, aber die eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Aus der Begründung des Magistrats ist schlecht eine Verantwortung der Vorlage herauszulesen. Magwiel Vorfall schadet manchmal auch; solche Fragen sind nicht bloß mit dem Weisheit und der Rechenart zu entscheiden, da spielt auch die Hoffnung auf die zukünftige Entwicklung und die Sicherheit der Regelung des Verkehrs eine Rolle. Ich bin fest überzeugt, die Zweifel werden beseitigt werden und die Rentabilität wird sich ergeben. Durch die Nordlinie wird ein weites Gebiet erst dem Verkehr erschlossen; dieser höhere Gesichtspunkt sichert die Anlage dieser Linie. Die Südlinien werden als gehörig fundiert bezeichnet. Ich kann nur wünschen, daß wir mit der Ausschussberatung noch in diesem Monat zu Ende kommen, damit die Vorarbeiten dann schleunigst in Angriff genommen werden. Es ist heute ein Moment von großer Bedeutung für die Berliner Bevölkerung, lassen wir ihn nicht nutzlos vorübergehen! (Beifälliger Beifall.)

Stadtv. Jacobi (A. L.): Die angezogenen Artikel des Vörsenblattes haben doch heute wenig Interesse mehr. Wichtig ist, daß es sich um einen außerordentlich wichtigen Beschluß handelt und daß Stadtbaurat Krause bisher vergeblich auf diesem Gebiete mit heftigem Bemühen gearbeitet hat. Ich meine, die Vorbeeren des Stadtbaurats Krause werden auf andern Gebieten, nicht auf dem der Straßenbahnen, blühen. (Bewegung.) Im Jahre 1900 ist man bei dem Plane neuer städtischer Linien von Voraussetzungen ausgegangen, die seitdem hinfällig geworden sind. Von den 45 Kilometern, die damals geplant waren, sind 42 von der Behörde getrichen! Damit sind auch alle Rentabilitätsberechnungen zu nichte gemacht worden. Der heutigen Vorlage gegenüber haben wir daher doppelt vorsichtig zu verfahren. Die Nordlinie leidet unter der Konkurrenz des Nordringes (Widerspruch), später wird sie auch unter derjenigen der Rumpfenig-Omnibusse zu leiden haben. (Lachen.) Von einer kompetenten Seite im Magistrat ist ein Verlust von 160 000 Mk. jährlich herausgerechnet worden! Ich halte deshalb für richtig, sie der „Großen“ zu übertragen, was wir nach dem Vertrage jederzeit bis 1907 können, wenn wir ein Drittel dazu beitragen. (Bewegung.) Zuruf: Damit die Dividende steigt; Weiterleit.) Auf die Weise würden wir statt 160 000 Mark Schaden, noch 12 000 Mark Nutzen haben. Es scheint mir nach meinem Laienverständnis für die Ueberwindungen der Schwierigkeiten im Jahre 1919 sehr zweckmäßig etwas zu thun, was in dieser Weise im Vertrag vorgeesehen ist. (Weiterleit.) Ich weiß nicht, was daran komisch ist. Der Norden bekommt die Bahn dann sicher früher, als wenn wir sie bauen; und wird das Projekt überhaupt ausgeführt werden, wenn die Behörden die eine oder andre Linie steuern? Die Bewohner des Nordens und Ostens werden degradiert, wenn sie 20 Pf. zahlen müssen, um ins Innere zu gelangen, während die im Süden und Westen für 10 Pf. überall hin gelangen können. (Zuruf des Stadtv. Hoffmann: Hat die „Große“ sonst noch Wünsche?) Auch für die Südlinien kann ich mich nach gründlicherem Studium nicht mehr erklären. Für die Linie von der Großgörschenstraße bedarf es einer Brücke im Zuge der Köthenerstraße, wodurch die Linie um 50 Proz. verteuert wird. Ein Bedürfnis für diese Südlinien besteht überhaupt nicht; auch haben sie zu ungleiche Längen und liegen abseits der Hauptstraßen. Ohne Verbindung nach dem Centrum kann keine Linie rentieren, das hat die Neue Pferdebahn-Gesellschaft erfahren. Jetzt fährt man zwei Meilen auf den Linien der Großen für 10 Pf.; damit können die Projekte des ja sehr kouragierten Baurats Krause nicht konkurrieren. Mit dem Rumpfenig-Tarif ein Geschäft zu machen ist nicht leicht, das haben eine Reihe von Städten zu ihrem Schaden erfahren müssen. Für die Unterpfälzerbahn trete ich so eifrig ein wie Herr Singer; aber für überflüssige und kostspielige Linien von Stadt wegen einzutreten, halte ich für falsch und verhängnisvoll. So wie bisher kann überdies nicht

weiter gewirkt werden. Wichtig ist, die Südbahn abzulehnen und die Nordlinie der „Großen“ zu übergeben (Weisfall und Zischgen).
Stadtbaurat Krause: Die Hauptabgründung ist vom Magistrat schon 1900 gegeben worden; auf alles das, was dort ausgeführt ist, hat sich Herr Jakob nicht eingelassen. Das ganze Netz von 1900 ist keineswegs gefallen; auch hier befindet sich Herr Jakob im Irrtum. Die Nordlinie ist von einer wahren Flut von Petitionen gefordert worden. Mit den Terrainschwierigkeiten würde der Omnibus sich nur schwer abfinden können. Glaube Herr Jakob denn nicht an die Entwicklung Berlins? Die Zuschüsse aus dem Stadtkasse für die Nordlinie würden vorübergehend sein, wenn wir sie bauen, baut sie die „Große“, so wäre der städtische Zuschuß dauernd zu zahlen. Sehr erstaunt bin ich, daß auch die Südbahn jetzt Herr Jakob nicht mehr gefällt. (Zustimmung.) Haben wir erst die Ueberführung der Linden, so werden die Linien auch Herr Jakob nicht mehr zu kurz sein. Nehmen Sie die Magistratsvorlage an, so tragen Sie dem Verkehrsbedürfnis Rechnung! (Weisfall.)

Stadtb. Cassel (N. L.): Auch wir sind für die Ausschlußberatung, sonst aber geteilter Meinung. Ich persönlich begrüße die Vorlage mit großer Sympathie und würde heute gar nichts weiter bemerken, da ja Ausschlußberatung bevorsteht, wenn nicht der Kollege Jakob die Vorlage nach allen Richtungen im einzelnen und allgemeinen nach Kräften madig gemacht hätte. (Heiterkeit und Zustimmung.) Ich kann dem gegenüber die Ausführungen von Singer von A bis Z unterschreiben. (Hört! hört! und Weisfall.) Herr Jakob ist sehr geschickt mit seiner Dialektik; wenn er nur immer die ganze Wahrheit sagen wollte. (Bewegung und Heiterkeit.) Es ist gar nicht die Rede davon, daß das 1900 vorgeschlagene Netz gebaut werden müsse. Mit der Anschaffung des Herrn Jakob hätte er seiner Zeit der Erwerbung der Siemenslinien als einer Thorheit die schärfste Opposition machen sollen — das ist aber nicht geschehen. „Du sprichst vergebens viel um zu versagen, der andre hört von allem nur das Nein!“ Ich bin als Gegner städtischer Bahnen in die Verkehrsdeputation hineingegangen; ich bin zur entgegengesetzten Ueberzeugung gekommen. Die neuen Linien sind nicht so schlecht, wie Herr Jakob in seiner Einseitigkeit es darstellt. Wie kann Herr Jakob sich gegen den Magistratsvorschlag auf die Minderheit des Magistrats berufen? Und gar auf ein einzelnes Magistratsmitglied, das allein alle Sachverständigkeit besitzen soll! Wenn der Verkehr eine Linie erfordert, dann wird sie auch rentabel werden. Und wie kann Herr Jakob sich denselben Sachverständigen bei den Südbahnen entgegenstellen? Und endlich, wenn wir die Nordlinie durch die „Große“ bauen lassen sollen, wie konnte man dann so unglaublich handeln, nicht schon 1901 sie ihr zu übertragen, wo sie sie noch o h n e jeden städtischen Zuschuß zu bauen verpflichtet war? (Sehr gut! und Große Bewegung.) Ein ähnlicher Schritt wie die Konzessionsverlängerung wird sich kaum wieder ereignen. Darum hat die „Große“ jetzt alles Interesse, und an dem Bau zu hindern, weil sie damit unsere Konkurrenz endgültig niederzuwerfen hofft. Ich habe aber keine Lust, mich einer Gesellschaft anzuschließen, welche es fertig bekommen hat, hinter unserm Rücken die Konzessionsverlängerung auf 30 Jahre sich zu verschaffen und welche vier Wochen danach einen Ministerialdirektor o. D. an ihre Spitze stellte; zu einer solchen Gesellschaft habe ich kein Vertrauen. (Stürmischer Weisfall auf verschiedenen Seiten.) Einer Gesellschaft, die jenen jenen Prozeß gegen uns angestrengt hat, noch die von Herrn Jakob empfohlene Konzession zu machen, die er selbst auf 500 000 M. berechnet, das halte ich mit meinem Gefühl von der Würde eines Gemeindevorstehers für unvereinbar. (Vehementes Bravo! und Handclatschen.) Das Abgehen von dem Beschluß von 1900 wäre eine Kapitulation der Gemeinde vor der Straßenbahn-Gesellschaft, eine solche Politik mitzumachen, fühle ich mich außer Stande! (Andauernder Weisfall.)

Stadtb. Rosenow (N. L.) belämpft gleichfalls die Ausführungen des Stadtb. Jakob und weist namentlich auf die veränderte Stellung der Polizeibehörde zu den kommunalen Projekten hin. Die Neue Linde hätte die Vorlage auch ohne Ausschlußberatung angenommen. Es sei auffällig, wie gut Herr Jakob auch über die Vorgänge im Magistrat orientiert sei; leider fehle heute sowohl der Oberbürgermeister als auch der Bürgermeister, die doch die Angaben des Herrn Jakob allein richtig stellen könnten. Hoffentlich bleibe Herr Jakob mit seiner eigentümlichen Stellung zu dieser Frage, die man im Publikum überhaupt nicht begreifen werde, in der Versammlung isoliert. Der Vertrag mit der „Großen“ sei ein einziger großer Fehler gewesen; man sei es müde in Berlin, sich noch weiter von dieser Gesellschaft schlecht behandeln zu lassen. Die Neue Linde sei bereit, die Vorlage anzunehmen, wenn auch nur Teile von ihr zur Ausführung gelangen; diese Erklärung schon jetzt abzugeben sei nötig, um das Begräbnis der Vorlage im Ausschuß zu verhindern. Das Herr Jakob vorschläge, sei geradezu ein Weg nach Canossa.

Stadtb. Preuß (Soz.-Fortf.) Herr Jakob sieht mit seinen Anschauungen leider nicht so isoliert, wie es scheinen könnte; die Anhänger des städtischen Betriebes sollen sich also nicht in falsche Sicherheit wiegen. Herr Jakob als Sozialpolitiker für den Norden glaubt wohl selbst nicht, daß er ernst genommen wird. Der Erwerb der Siemens-Linien war unrentabel wegen des horrenden Agios, das wir zahlen mußten; wir mußten aber damals laufen, um zu verhindern, daß der Ring des Privatmonopols sich schloß, und heute steht die Frage zur Entscheidung, ob das Privatmonopol Herr werden soll.

Stadtb. Jakob repliziert auf die Angriffe der Stadtb. Cassel, Rosenow und Preuß. Wenn er hervorgehoben habe, daß die Vorlage im Magistrat nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen sei, so habe er nur Revanche genommen, denn bei einer andern Gelegenheit habe auch der Magistrat sich der Versammlung gegenüber dieses Mittels bedient. Herr Rosenow habe seiner Zeit den Vertrag mit der „Großen“ nur abgelehnt, weil er mit seiner inzwischen ad absurdum geführten Ansicht über die Accumulatoren nicht durchgedrungen sei.

Stadtb. Cassel: Die Treptower und Panlauer Linie sind seiner Zeit nicht unter der unbedingten Voraussetzung erworben worden, daß die Ueberführung über die Linden sicher gestellt sei. In seiner Replik auf den Stadtb. Jakob hebt Redner dann noch hervor, daß die Ausführungen des Stadtb. Singer sich heute lediglich auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse bewegt hätten.

Stadtb. Singer: Ich bemerke nur noch, daß ich meinen prinzipiellen Standpunkt nicht etwa auch nur im geringsten aufgegeben hätte, wie man aus gewissen Andeutungen des Vorredners schließen könnte. Ich sehe im Gegenteil die Vorlage als einen Sieg unserer Anschauungen an.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern. Schluß nach 1/10 Uhr.

Hus Industrie und Handel.

Die Beteiligung des deutschen Bankkapitals an der rumänischen Petroleumindustrie wird immer ausgedehnter. Nachdem die Distrikogesellschaft neben verschiedenen kleineren Beteiligungen die Telega Oil Co. unter ihre Fittiche gebracht und die Deutsche Bank die „Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft“ mit einem Kapital von 20 Millionen Mark begründet hat, ist nun auch die Dresdener Bank im Verein mit dem A. Schaaffhousenschen Bankverein zur Beteiligung an diesem Geschäftszweig übergegangen. Offiziell teilt darüber der Schaaffhousensche Bankverein folgendes mit:

„In Bukarest hat gestern die Gründung der „Petroleum-Aktiengesellschaft“ Campina mit einem Grundkapital von 5 000 000 Lei stattgefunden. An der Gründung sind beteiligt: der A. Schaaffhousensche Bankverein, die Dresdener Bank, Sr. Durchlaucht Fürst Guido Hendl v. Donnersmard, der Geh. Kommerzienrat Fritz Friedländer in Berlin, die Bankfirma A. Lech in Wien, Hector Economos in Bukarest und Paris und die Internationale Bohrgesellschaft in

Erteleng. Die neue Gesellschaft hat die sehr wertvollen Petroleumkonzessionen des Herrn Hector Economos in Campina, Moreni und Edera in Rumänien übernommen und wird, nachdem durch mehrere Bohrungen ein reiches Petroleumvorkommen konstatiert ist, mit einer intensiven Ausbeutung der Oelterrains alsbald vorgehen. Die technische Ausführung der notwendigen Arbeiten wird durch die Internationale Bohrgesellschaft in Erteleng durchgeführt werden.“

Deutschlands Außenhandel in den Monaten Januar bis April 1904 hat im Vergleich zu den ersten vier Monaten des vorigen Jahres beträchtlich zugenommen. Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Aprilheft 1904 der monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets beträgt in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres:

1. Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 14 198 176 gegen 13 441 186 und 12 159 346 im gleichen Abschnitt der beiden Vorjahre, daher mehr 756 990 und 2 038 830 Tonnen. Edelmetalle: Einfuhr: 378 gegen 308 und 307. 27 von 48 Zolltariffnummern zeigen eine Einfuhrzunahme. Unter diesen ragen hervor: Erden, Erze (+ 520 418), Holz (+ 216 341), Eisen (+ 28 733), ferner Kohlen, Instrumente, Maschinen und Materialwaren, während Getreide und andre Landbau-Erzeugnisse einen größeren Ausfall brachten.

2. Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 12 478 164 gegen 12 058 974 und 10 164 296 im gleichen Abschnitt der beiden Vorjahre, daher mehr 419 190 und 2 313 868 Tonnen. Edelmetalle: Ausfuhr: 137 gegen 140 und 135. Bei 28 Zolltariffnummern ist eine Ausfuhrzunahme verzeichnet, namentlich bei Kohlen (+ 531 190), Getreide und andern Landbau-Erzeugnissen (+ 156 992 wegen stärkerer Kartoffelausfuhr nach Großbritannien, Belgien und den Niederlanden sowie erhöhter Roggen- und Hafenausfuhr). Starke Ausfälle zeigen Eisen und Eisenwaren (— 275 263, woran besonders Roheisen, Eisenbahnmaschinen, Rohschienen, Stabeisen, Ed- und Binkeleisen, Brecheisen beteiligt sind) und Materialwaren (— 105 238, wovon mehr als 70 000 Tonnen auf Verbrauchszucker aus Rügen entfallen). —

Victoria, Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin. Die am 31. Mai abgehaltene Generalversammlung genehmigte die Verteilung des in dem Geschäftsjahre 1903 erzielten Ueberschusses entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung. Dieser Ueberschuß belief sich auf 20 780 857 M. (im Vorj. 18 210 461 M.). Es ergaben sich davon die Aktionäre eine Dividende von 270 M. pro Aktie und die mit Gewinnanteil Versicherten zusammen 19 154 862 M. und zwar werden aus dieser Summe entnommen für die gewinnanteilsberechtigten Versicherten der Unfallversicherungs-Abteilung 40 Proz., der Volksversicherungs-Abteilung 25 Proz. der gezahlten Jahresprämie, ferner für die mit Gewinnanteil auf den Todesfall Versicherten der Abteilung für größere Lebensversicherungen eine Dividende von 8 Proz. der Summe der für jede Versicherung seit deren Beginn gezahlten Jahresprämien.

Die Gesamtzahl der in der Lebens- und Unfallversicherungs-Abteilung eingereichten Versicherungsanträge betrug laut Geschäftsbericht 308 924, wovon auf die Lebensversicherungs-Abteilung 463 901 Anträge mit einer Versicherungssumme von 197 014 285 M. entfielen. Die Gesamtentnahme an Prämien und Zinsen betrug 95 080 296 M.

Was ist unter Fabrikpreisen zu verstehen? Ueber diese Frage hat die Handelskammer zu Plegnitz ein Gutachten abgegeben, das von allgemeinem Interesse sein dürfte. Ein Kaufmann hatte, wie aus Schlesien gemeldet wird, inseriert, daß er seine Waren zu Fabrikpreisen der Kundschaft abgab. Diese Behauptung wurde von seinen Konkurrenten als unwohl bezeichnet und der Kaufmann wegen unlauteren Wettbewerbs angeklagt. Die Handelskammer gab ihr Gutachten dahin ab: „Wenn Kaufleute von der Branche des Beklagten bekannt machen, daß sie zu Fabrikpreisen verkaufen, so dürfen sie die Waren nur zu den Preisen verkaufen, die sie ihnen selbst kosten. Sie dürfen für sich nur diejenige Provision in Anspruch nehmen, die ihnen die Fabrik, sei es durch Vorzahlung oder wegen kurzen Zahlungszieles, bei der Bezahlung prozentual vom Fabrik-Engrospreis abläßt. Keineswegs sind hier unter „Fabrikpreisen“ diejenigen Preise zu verstehen, zu denen die Fabrik an Private verkauft.“ Das gerichtliche Urteil ging dahin, daß dem Beklagten aufgegeben wurde, in seinen öffentlichen Ankündigungen die Angabe „zu Fabrikpreisen“ zu unterlassen; für jeden Fall des Zuwiderhandelns wurde ihm eine Strafe von 20 M. angedroht.

Verfammlungen.

Fünfter Wahlkreis. In der am Dienstag im „Alten Schützenhause“ abgehaltenen stark besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde zunächst die Aufnahme von 61 neuen Mitgliedern bekannt gegeben und gutgeheißen. Sodann verlas der Vorsitzende das Wahlergebnis aus dem 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirk. Bei der Verlesung des so überraschend günstigen Stimmverhältnisses herrschte allgemeine Freude über diesen schönen Wahlsieg der Partei, und ein einmütiges Bravo der Anerkennung wurde den Genossen des Sechsten zu teil. Hierauf sprach Stadtvordirektor Dr. Wehl über „Freisinnige Heldenthaten im roten Hause“. Die scharf pointierten Ausführungen des Referenten fanden unter der Einwirkung des vorhin publizierten Kommunal-Wahlsieges eine besonders beifällige Aufnahme. — Als dann gab Genosse Davidsohn bekannt, daß 34 Mitglieder wegen unentschiedenen Fernbleibens von den vorjährigen Landtags- und Stadtvordirektorenwahlen ausgeschlossen worden sind. Den Ausgeschlossenen steht die Verufung an die nächste Generalversammlung frei. In der Diskussion über diese Maßregel wurde es allseitig auf das schärfste beurteilt, daß es überhaupt noch Mitglieder eines sozialdemokratischen Vereins geben konnte, die aus nichtigen Gründen ihre selbstverständliche Wahlpflicht so groblich vernachlässigten. Es müßte dies um so mehr auffallen, als die Pflichtvergessenen in einem Durchschnittsalter von über 34 Jahren stehen und auch durchschnittlich bereits über ein Jahrzehnt der politischen Organisation angehört haben. Abgesehen von den Geschäftsozialisten, die angeblich aus geschäftlichen Rücksichten der Wahl ferngeblieben sind, hat auch ein Arbeiter, der als Wahlmann gewählt war, bei der Hauptwahl gefehlt. Ein Preiseur hat der Untersuchungskommission ganz naiv erklärt, er habe am Wahltag seinen Hund spazieren führen müssen und daher die Wahl veräumt; und ein Arbeitervermittler für das Fleischergewerbe hat sogar freisinnig geäußert. Die Namen der Ausgeschlossenen sind: Hermann Arbeitlang, Lederarbeiter; Rudolf Braun, Tapezierer; Gustav Drodner, Arbeiter; Karl Kemnitz, Händler; Franz Klein, Feiger; Hermann Klotz, Gärtler; Adolf Kogmann, Preiseur; Bernhard Lenz, Cigarrenmacher; August Liebe, Arbeiter; Franz Paulsch, Schriftsetzer; Hyronimus Thoral, Arbeiter; August Tottleben, Schneider; Wilhelm Wehrig, Arbeiter; Emil Weiler, Gastwirt; Otto Caspari, Bierabzieher; Karl Hennig, Gaudbdiener; Otto Hinz, Cigarrenhändler; Otto Koster, Milchhändler; Max Münch, Arbeiter; Ernst Platen, Plätterei-Besitzer; Waldemar Schumacher, Galbaniseur; Paul Fiedler, Klempner; Emil Döfler, Passierer; Wolfgang Brückow, Schlosser; Wilhelm Dolz, Gaudbdiener; Wilhelm Grubler, Schankwirt; Alfred Hähnel, Gastwirt; Paul Pottschnepel, Pfefferkuchler; Fritz Köbbling, Uhrmacher; Joseph Clemens, Schuhmacher; Hermann Ganningl, Restaurateur; Joseph Clemens, Schuhmacher; Hermann Mann, Mustler; Karl Pfeffer, Kaufmann. Von der Versammlung wurde der Ausschluß vorstehender Personen gegen eine Stimme gebilligt. Unter Verschiedenes wurde noch mitgeteilt, daß am nächsten Sonntag für die Mitglieder der vierten bis siebenten Abteilung ein Besuch der Arbeiter-Bohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg in Aussicht genommen ist.

Der Streik der Metallarbeiter bei der Firma Kirchner war der erste Punkt der Tagesordnung einer stark besuchten Metallarbeiter-Versammlung, die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagte. Dieser Werkstudenstreik hängt gewissermaßen mit dem allgemeinen Metallarbeiterstreik vom vorigen Jahr zusammen. Als damals die Arbeiter die Arbeit wieder aufnahmen, fanden sie bei der

genannten Firma einen ihrer Kollegen als Meister, und außerdem einige andre Streikbrecher vor und ein Teil der Streikenden wurde nicht wieder eingestellt. Daß unter solchen Umständen ein gesamtes Verhältnis in der Werkstube herrschte, ist selbstverständlich. Zudem suchte die Firma bei Festsetzung von Arbeitspreisen die früher übliche Mitwirkung der Arbeiter — die doch als Verkäufer ihrer Arbeitskraft vernünftigerweise ein Mitbestimmungsrecht hierzu haben müßten — einfach auszuschalten, was ihr jedoch nicht ganz gelingen wollte. Die Streikbrecher waren thöricht genug, die organisierten Brüder, ihrer Bemühungen, eine gerechte Preisfestsetzung aufrecht zu erhalten, wegen, zu verhöhnen und sie zu verraten. Die Firma suchte ihre Preisverdräuer auch dazu zu benutzen, einen ihr mißliebigen Arbeiter hinaus zu drängen; sie suchte Uneinigkeit unter den Kollegen hervorzurufen, indem sie einem einen Zuschlag auf eine Arbeit gewährte, den sie andern versagte. Unheilvoll griff beifällig auch hier der Knechtinnenverband ein, der dem Arbeitgeber vorredete, er hätte seine Arbeiter durch gute Preise verdöhnt. Thatsächlich hatten einzelne besonders geschickte Brüder bei der Firma ca. 40 M. pro Woche verdient, ein für Berliner Verhältnisse und für intensive Arbeit tüchtiger Facharbeiter gewiß nicht zu hoher Lohn; andre Brüder verdienten nur 21—24 M. Es ist bereits erwähnt worden, wie der Knechtinnenverband die Streikenden zu einer Verhandlung nach seinem Bureau in der Dresdenerstraße einlud, jedoch in seiner zum Prinzip erhabenen Ungerechtigkeit die Teilnahme eines Vertreters des Metallarbeiterverbandes ablehnte; und wie die Geladenen dann auf die Verhandlung verzichteten. Es sind jetzt 6 Streikbrecher bei der Firma Kirchner thätig, teils solche Leute, die unter andern Umständen kaum eingestellt worden wären und der Firma wohl nicht viel Nutzen bringen werden. — Der Brandenburger-Vertrauensmann Wehrndt, der die Lage schilderte, sprach sich ebenso wie die ihm folgenden Redner für Fortsetzung des Streiks aus. Die Versammlung erklärte einstimmig den Streik für gerechtfertigt und forderte die Kollegen auf, ihn fortzusetzen.

In der Diskussion wurde auch über die allgemeine Lage im Bereiche, sowie über Vorgänge bei andern Firmen gesprochen. Cohen teilte mit, daß die Firma Feister unter andern in einem Hamburger Blatt unter einer Chiffre nach Metallarbeitern verlangt. Auf Anfrage verspricht sie den Reflektanten einen Wochenverdienst von 30—40 M., in Krankheitsfällen einen Zuschuß, der das Krankengeld auf 30 M. wöchentlich erhöht, sowie verschiedene andre Vergünstigungen, aber nur unter der Bedingung, daß der Arbeiter seiner den Unternehmern feindlichen Organisation angehört. Mit Recht stellte ein Bruder, der dies Angebot erhielt, auch an den Unternehmer die Bedingung, nicht dem arbeitgeberfeindlichen Unternehmerverband anzugehören. Eine andre Firma hat ihren Arbeitern jüngst das Lesen des „Vorwärts“ und der „Metallarbeiter-Zeitung“ verboten. Diese, sowie viele andre Thatsachen deuten darauf hin, daß die Unternehmer jetzt bei dem schlechten Geschäftsgang gern einen allgemeinen Streik provozieren möchten. Die Arbeiter werden selbstverständlich den Herren nicht den Gefallen thun und jetzt streiken. Die Versammlung gab übrigens durch ihren zahlreichen Besuch und ihren Verlauf den Beweis, daß die Brüder durch die Niederlage im vorigen Jahr und durch die darauf folgenden Chikanierungen durchaus nicht mutlos gemacht worden sind, und daß sie ihr gesetztes Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Beifällig ist der Streik im vorigen Jahr nicht ganz verloren gegangen, da eine große Anzahl Firmen einen Tarifvertrag mit dem Metallarbeiterverband abgeschlossen hat. Diese Firmen sind durchaus konkurrenzfähig geworden und offenbar mit dem Vertragsverhältnis im Allgemeinen zufrieden; in der Sitzung der Schlichtungskommission, die am vorigen Freitag stattfand, äußerte ein Arbeitgeber-Vertreter den Wunsch, es möge nun auch für die außer den Drückern und Gießern in den Betrieben thätigen Arbeiter ein Tarifvertrag geschaffen werden. Die Wehrndt weiter berichtete, wurde in der Sitzung über einige streitige Punkte des Tarifvertrags beraten. Beschlossen wurde, daß die Bestimmung, wonach der Arbeitgeber einem neuangestellten Arbeiter gegenüber in den ersten 14 Tagen bei Minderarbeit nicht verpflichtet ist, den Minimallohn zu garantieren, auf Lohnarbeiter keine Anwendung findet. Ferner wurde festgelegt, daß die Prozente für Ueberstunden nach neunstündiger Tagesarbeit gezahlt werden müssen. Die nächste Sitzung der Schlichtungskommission wird sich mit Verträgen einzelner Arbeitgeber gegen den Tarif befassen. —

Außerdem wurden in der Versammlung die von den Hirsch-Dunderschen gegen die Leiter des vorjährigen Streiks verbreiteten Verleumdungen erwähnt und die Freigabe gebandruht, mit der sich die Urheber um eine gerichtliche Belangung herumdrücken.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stichwahl-Ergebnis aus dem Wahlkreise Straßburg-Land. Straßburg i. Elz., 2. Juni. (W. L. V.) Bei der heutigen Reichstags-Stichwahl im Wahlkreise Straßburg-Land erhielt Reichstagsabgeordneter v. Lüttich (Colmar (Demokrat) 9385, Redakteur Hauß-Straßburg (Eis. Landespartei) 8624 Stimmen. Vlumenthaler (so mit gewählt).

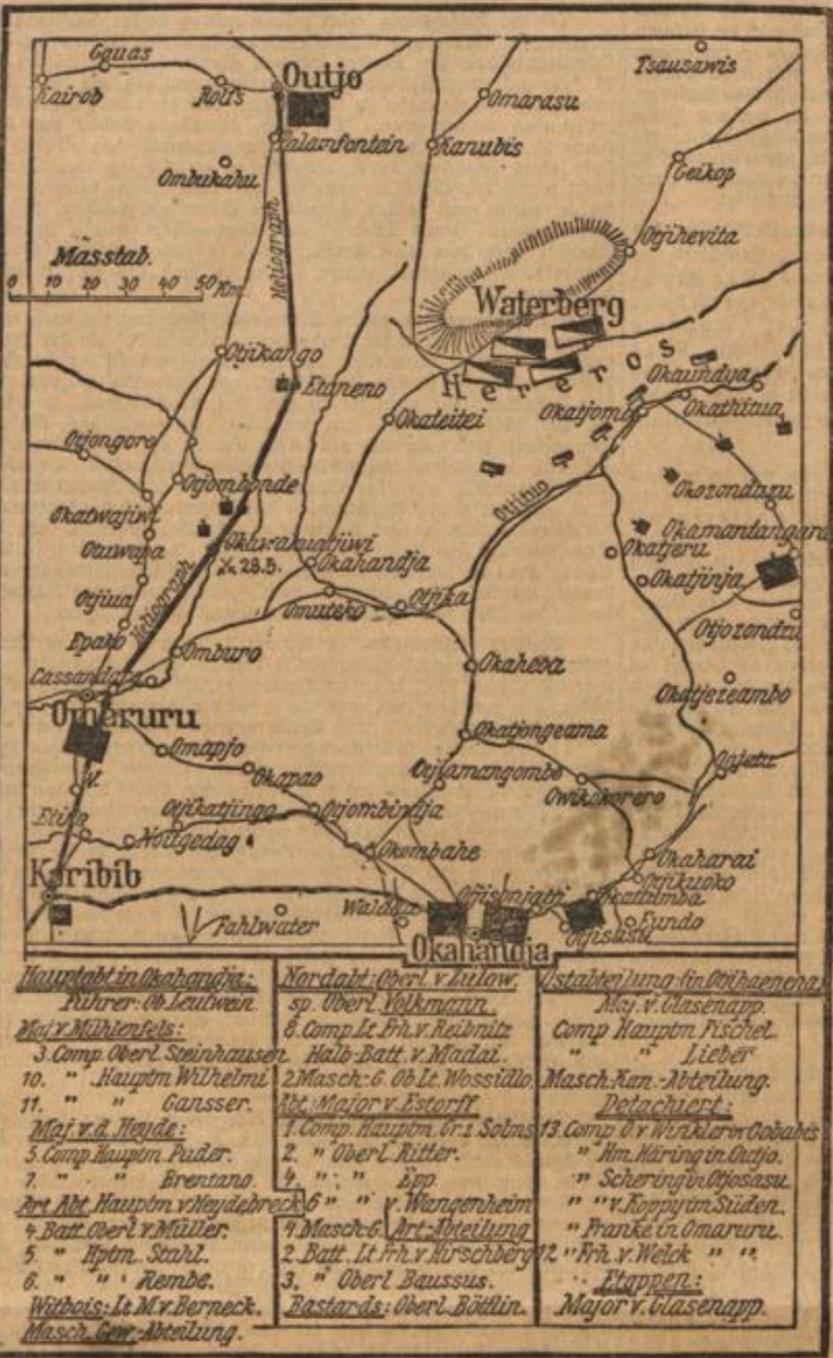
Straßburg i. E., 2. Juni. (W. L. V.) Auf Grund des § 2 des Pressgesetzes für Elsaß-Lothringen ist die Verbreitung der Pariser Zeitung „Le Matin“ in Elsaß-Lothringen verboten worden.

Saalfeld, 2. Juni. (W. G.) Seit heute früh 4 Uhr steht ein Teil der Maschinenfabrik Zschäfer in Flammen. Das Feuer brach in der Scheere aus.

Die Ansperrung der Bauarbeiter in Wien beendet. Wien, 2. Juni. (W. G.) Die Ansperrung der Bauarbeiter ist beendet, da die Meister den verlangten Minimallohn von 4 Kronen bewilligten.

Französische Deputiertenkammer. Paris, 2. Juni. (W. L. V.) Das Haus berät das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit. Kriegsminister André hält die einwöchigen und dreiwöchigen Uebungen der Reservisten für ausreißend. Der Minister stimmt der Kommission hinsichtlich der vorgesehene Zahlen für den Unteroffizier-Ersatz zu und erörtert dann einige Einzelheiten, bezüglich deren er sich mit der Kommission nicht in Uebereinstimmung befindet, besonders bezüglich der Schüler von St. Cyr und derjenigen des Polytechnikums, die nur ein und nicht zwei Dienstjahre abgelegt hätten, bevor sie zu Offizieren ernannt würden. Der Minister schließt mit der Erklärung, daß die Zusammensetzung der Compagnien keine Aenderung erleiden werde. — Jaurès (Soz.) stellt fest, daß der Fortschritt und die Ideen der Gleichheit eine gleiche Dienstzeit für alle notwendig machen. Redner mbeläßt das System des einjährigen Dienstes, welches die Schaffung zahlreicher Berufssozialisten fördern würde, und erkennt an, daß das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit einen Fortschritt bedeute. (Weisfall auf der äußersten Linken.) Redner schließt mit der Bitte, daß die Kammer den Vorschlag des Gesetzes annehme, um die Abstimmung hierüber zu beschleunigen. — Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen. — Billeneuve beantragt alsdann, daß der Gesetzesentwurf dem Oberen Kriegsrat zur Meinungsäußerung überwiesen werde. Kriegsminister André spricht sich gegen den Antrag aus, der mit 385 gegen 224 Stimmen abgelehnt wird. Die Dringlichkeit der Beratung des Gesetzes wird hierauf mit 426 gegen 22 Stimmen angenommen.

Paris, 2. Juni. (W. L. V.) Eine offiziöse Note meldet, der Ministre Lorenzelli habe auch dem gestrigen Empfang bei dem Ministre des Auswärtigen, Delcassé, nicht beigewohnt, ebenso sei der mit der Erledigung der Geschäfte der französischen Botschaft beim Vatikan betraute Legationssekretär de Courcel dem Empfang beim Staatssekretär Merly del Val ferngeblieben.



Kriegsgliederung der deutschen Truppen in Südwest-Afrika.

Vor dem Beginn des durch den Gouverneur Lütjens beschlossenen Vormarsches gegen die zur Zeit bei Waterberg vereinigten Hereros ist die neue Kriegsgliederung der deutschen Streitkräfte in der Kolonie bekannt gegeben worden. (Siehe „Vorw.“ Nr. 125.) Die nebensichende Karte veranschaulicht die augenblickliche Stellung der Truppen.

Die Kolonne von Stoff steht in der südlichen Flanke der Hereros, die beiderseitigen Vortruppen sollen Fühlung mit einander haben.

Die Hauptabteilung hat nach den letzten Meldungen am 1. Juni ihren Vormarsch angetreten; die Nordkolonne Jülow dürfte, wie angenommen wird, in Waterberg sich mit Volkman vereinigt haben.

Mittlerweile ist am 28. Mai auf eine Heliographenstation, welche gleichzeitig Etappe der Kolonne Jülow ist, auf Otowahtjivi, von einer Hereroschar ein Angriff gemacht, aber abgeblasen worden. Es ist anzunehmen, daß diese Angreifer ein neuer Zug zum Hauptlager des Feindes sind und versucht haben, auf ihrem Wege dorthin einen Posten auszuführen; denn nach Westen werden sich die gesamten Hereros nicht in Bewegung setzen. Die deutschen Truppen wünschen, daß die Hereros stehen bleiben und nicht vor dem Anmarsch entweichen, um schließlich auf neutralem innerafrikanischem Gebiet zu flüchten. Daß die Hereros die Absicht haben sollten, sich in kleinere Trupps aufzulösen und einen Guerillakrieg im Norden zu führen, gilt nicht als wahrscheinlich.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Berliner Arbeiterschaft!

Bereits die erste Woche stehen die Vergolder und Berufsgenossen im Kampfe mit den in der Vereinigung der Goldbleichenfabrikanten organisierten Unternehmern Berlins. Unter Leitung gewisser Schachtmacher haben die Goldbleichenfabrikanten sich auf einen prologischen Standpunkt gestellt. Diese sind schuld daran, daß die vereinigten Fabrikanten jede Regelung der Heimindustrie und die wiederholten Einigungsversuche der Organisation der Vergolder vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts in schroffer, verlegender Form ablehnten. Die Streikenden haben alles versucht und keinen Weg unbenutzt gelassen, der zum Frieden führen konnte. Man hat aber die dargebotene Hand in beleidigender Weise zurückgewiesen und verlangt bedingungslose Unterwerfung. Die Unternehmer haben sich von den Schachtmachern zu diesem Vorgehen verleiten lassen. Diese Kurzsichtigkeit kann der ganzen Goldbleichen-Industrie großen Schaden zufügen, da sich die Kundenschaft mit ihren Aufträgen bereits nach dem Auslande wendet.

Die Situation ist für die Streikenden immer noch günstig, und die Fabrikanten sind bereits derartig im Druck, daß sie nachgeben müssen, nur glauben sie, daß die Streikenden bald erschöpft sein werden und ihnen dann der Sieg zufällt. Die Streikenden werden aber aushalten bis zum letzten Augenblick; sie stehen jetzt noch wie am ersten Tage, da sich nur wenige Streikbrecher gefunden haben. Aber sie rechnen auf die thätigste Unterstützung der Berliner Arbeiterschaft, die schon so oft Kroben glänzender Opferwilligkeit bewiesen hat, um dadurch den berechtigten Forderungen der Streikenden zum Siege zu verhelfen. Zu unterstützen sind nur noch 500 Ausländige, da bereits über 100 anderweitige Arbeit erhalten haben.

Arbeiter Berlins! Zeigt, daß Ihr nicht nur ein Herz für die Grimmitschauer Weber und die Bäcker Berlins habt, sondern auch für die Vergolder, die stets ihre Schuldbiligkeit als gut organisierte Truppe an dem im Kampfe stehenden Arbeitern gegenüber gezeigt haben.

Der Vorstand des Verbandes der Vergolder und Berufsgenossen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins und Umgegend richtet Unterzeichneter gemäß dem Beschluß der Versammlung der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission die Bitte, die Vergolder nach Kräften zu unterstützen.

Zu diesem Zweck werden Listen herausgegeben, die für Vertikats- und andre Vertrauenspersonen in unserem Bureau Engelher 15 in der Zeit von vormittags 9-1 und nachmittags von 6-8 Uhr zu haben sind.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Vorbruch der Roabiter Bäckermeister und die Bevölkerung. Ungewöhnlich stark war der Andrang zu der Volksversammlung, welche die Verbandsleitung der Bäcker am Mittwoch nach der Kronenbrauerei einberufen hatte. Obgleich man die Tische aus dem Saale entfernt hatte, vermochte er nicht alle Einladungsbesenden zu fassen. Nachdem der große Saal samt den geräumigen Galerien von einer dicht gedrängten Menschenmenge besetzt war, sperrte die Polizei das Lokal ab, und die auf der Straße postierten Schulleute wiesen hunderte von Menschen zurück, die dergleichen gekommen waren, um an der Versammlung teilzunehmen. Zum Teil mag auch die Gegenagitation der Bäckermeister zu dem ungewöhnlich starken Besuch der Versammlung beigetragen haben. Der sogenannte Volkstisch-Abbruchausflug hatte in Roabit ein Flugblatt verteilen lassen, gleichzeitig ge-

langte ein zweites Flugblatt, unterzeichnet von einer Anzahl von Geschäftsleuten und Innungsvorständen zur Verbreitung. Die Flugblätter sollten in der Bevölkerung Roabits für die wortbrüchigen Bäckermeister Stimmung machen, sie hatten aber augenscheinlich das Gegenteil erreicht.

Die Versammlung gestaltete sich sowohl durch den massenhaften Besuch wie durch den reichhaltigen Beifall, den sie den Ausführungen Heßholts zollte, zu einer imposanten Kundgebung für die Forderungen der Bäcker. Dem Vortrage Heßholts folgte eine rege Diskussion, die keinen Zweifel darüber ließ, daß die Arbeiterbevölkerung von Roabit den Vorbruch der Bäckermeister entschieden verurteilt. Unter andern wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß die Forderungen, welche die Berliner Bäcker stellen, in den Konsumgenossenschaftsbäckerien, besonders in Leipzig-Plagwitz, längst erfüllt, ja noch übertroffen werden, und wenn die Berliner Bäckermeister behaupten, es sei ihnen nicht möglich, die Forderungen zu erfüllen, dann sei es für die Berliner Konsumenten jetzt an der Zeit, eigene Genossenschaftsbäckerien zu gründen und durch die That den Beweis zu liefern, daß solche Betriebe gute Arbeitsbedingungen gewähren und beste Ware herstellen können. — Die Versammlung endete im Mitternacht mit der Annahme einer Resolution, durch welche die Versammelten den Vorbruch der Roabiter Bäckermeister verurteilten und sich verpflichteten, mit allen gesetzlichen Mitteln dafür einzutreten, daß die Forderungen der Bäcker erfüllt werden, und daß Backware nur da gekauft wird, wo diese Forderungen anerkannt sind.

Zum Streik der Kammer. Entsprechend dem Beschluß der Mittwochversammlung haben die Kammer am gestrigen Donnerstag den Arbeitgebern ihre Lohnforderungen überreicht und, da dieselben nicht bewilligt wurden, einmütig die Arbeit niedergelegt. Im Streik stehen ca. 400 Kammer, denen sich noch etwa 200 Kollegen aus den verschiedenen Vororten anschließen dürften. Bewilligt haben im Laufe des gestrigen Tages fünf Firmen. — Der Streik hat folgende Vorgeschichte: Schon im November v. J. beschloßen die organisierten Kammer, den Innungen zum 1. Januar 1904 einen neuen Tarif zur Anerkennung einzurichten. Sie erbaten sich bis Ende Januar Bescheid. Die Steglitzer Innung antwortete darauf, daß sie es ablehne, mit den Kammer in Verhandlungen über eine Regulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten; die Berliner Innung antwortete gar nicht. Im März d. J. machten die Kammer einen erneuten Versuch, die Innungen zu Verhandlungen zu bewegen, indem die Forderungen folgendermaßen festgesetzt wurden: Lohn-erhöhung von 55 auf 60 Pf. pro Stunde; Jahrgeldentschädigung außerhalb der Ringbahn und Bewilligung der Pausen, wie sie bei den Steinsehern üblich sind. Abermals lehnten die Innungen jede Verhandlung ab. Darauf trafen die Kammer im April d. J. die Einigungsämter zu Berlin und Steglitz an. Doch das Resultat war, daß die Berliner Innung den Eintritt in irgendwelche Verhandlungen vor dem Einigungsamt rundweg verweigerte. Ähnlich wird es wohl in Steglitz stehen, denn von dem dortigen Einigungsamt ist bis jetzt noch überhaupt keine Antwort an den Vorstand der Kammer gelangt.

Angeht es eines derartigen Verhaltens der Innungen gilt den Kammer endlich der Geduldsfaden, zumal ihnen von verschiedenen Firmen in letzter Zeit auch noch der übliche Ueberstundenzuschlag ganz oder teilweise entzogen worden war. Es scheint, als haben die Steinsehnermeister die Möglichkeit eines Kammerstreiks gar nicht in Erwägung gezogen, weil die Berliner Kammer bisher noch nie in einen Ausstand getreten waren. Erst als am Donnerstagmorgen die Kammer auf dem Pflaster liegen blieben und kein nerviger Arm sich rührte, sie in Bewegung zu setzen, da erst kam den Innungsherrn der Ernst der Situation zum Bewußtsein. Unter den Streikenden herrscht die Meinung vor, daß es im Hinblick auf die jetzige Geschäftslage im Steinsehnergewerbe schon in den nächsten Tagen zu einer Verständigung mit den Arbeitgebern kommen dürfte.

Deutsches Reich.

Die streikenden Brauerei-Arbeiter Hamburgs nahmen am Mittwoch in einer Versammlung Stellung zu den Vorschlägen des Einigungsamtes. Nach längerer Debatte wurde mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung der streikenden Brauerei-Arbeiter erklärt sich mit dem seitens des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Rat Boyen, im „Hamburgischen Korrespondent“ veröffentlichten Vorschlägen des Einigungsamtes: 1. die Arbeitszeit wird auf 9 1/2 Stunden festgesetzt; 2. die jetzt auf den Brauereien thätigen Arbeitwilligen werden nicht sofort alle entlassen, sondern es werden die ausständigen Arbeiter nach ordnungsmäßiger Eintragung in die Listen des Arbeitsnachweis-Bureaus nach Bedarf eingestellt werden, ohne daß jedoch Maßnahmen seitens der Arbeitgeber stattfinden; 3. es wird ein paritätischer Arbeitsnachweis eingerichtet; 4. der Tarifvertrag wird zunächst auf ein Jahr abgeschlossen; einverstanden mit dem Inhalt zu 2. daß die Streikenden innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt werden und wieder auf ihre Posten kommen.

Die Spenglergehilfen (Klempner) in München haben mit ihren Unternehmern vor dem Einigungsamt einen Tarifvertrag abgeschlossen, der zunächst auf ein Jahr Gültigkeit hat. Vereinbarung wurde: eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit (an den Sonnabenden um 5 Uhr Arbeitslohn), Entschädigung für Wartezeit, im ersten Jahre nach beendigter Lehrzeit 30 Pf. Minimallohn für Werkstättenarbeiter, 35 Pf. für Arbeiter auf den Bauten, nach weiteren zwei Jahren 40 Pf.; von da ab 45 Pf., für selbständige Arbeiter 50 Pf. Ueberstunden werden folgendermaßen bezahlt: die erste Stunde nach Arbeitslohn mit 25 Proz., jede weitere Stunde mit 50 Prozent Zuschlag; Arbeiten im Vorortverkehr werden mit 1.50 M. Zuschlag, solche außerhalb des Vorortverkehrs mit zwei Mark Zuschlag täglich vergütet. Arbeiten bis zu acht Tagen gelten als Zuschlagsarbeiten und müssen mit 5 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt werden.

Der Streik der Stukkateure in Plauen im Vogtlande dauert fort. Arbeitwillige haben sich unter den Gehilfen bisher nicht gefunden. Ein baldiges Ende des Streiks ist zu erwarten, wenn auch fernherhin der Zugang unterbleibt.

Steinarbeiter-Aussperrung in Moskau. Bei der Moskauer Firma A. Schraep sind elf Steinmetzen ausgesperrt worden. Zugang fernhalten.

Ausland.

Streikbewegung in Italien. Rom, 31. Mai. (Fig. Ver.) Der allgemeine Ausstand im Baugewerbe, der, wie telegraphisch gemeldet wurde, gestern in Rom ausgetreten ist, erstreckt sich auf etwa 8000 Arbeiter. Unter diesen sind die qualifizierten Arbeiter fleißig, die Handlanger schlecht organisiert. Die Streikenden fordern Erhöhung der in der That sehr niedrigen Tarife. Auf fast allen Bauten ruht die Arbeit. Die Vorgesetzten haben vor jedem Bau zwei Karabinier aufgestellt und überhört viel unnütze Wagnahmen getroffen. Die Bauunternehmer, die organisiert sind, erklären sich zu Unterhandlungen bereit.

Von großer Bedeutung für die italienische Arbeiterbewegung ist der Ausstand der Zeigwarenarbeiter von Torre Annunziata, der nunmehr 52 Tage währt. Die 30 000 Einwohner zählende Hafenstadt, die unweit Neapels liegt, sieht ihre hauptsächlichste Industrie nun seit fast zwei Monaten gelähmt durch den Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Arbeiter haben den Streik erklärt, um gegen eine neue Fabrikordnung und gegen die geplante Entlassung einiger hundert Kollegen zu protestieren. Einschließlich der aus Solidarität mit streikenden Hafenarbeiter stehen etwa 8000 Arbeiter aus. Ihr ruhiger und geordneter Widerstand verdient um so größere Anerkennung, als es sehr knapp mit der Geldunterstützung ausfällt. Eine hiesige bürgerliche Zeitung berechnet dieser Tage die bisher bezogene Unterstützung auf 1 Centesimo pro Tag und Kopf. Etwas mehr ist es freilich, aber doch so wenig, daß die Streikenden hätten nachgeben müssen, wenn nicht die Landarbeiter-Genossenschaft der Stadt große Naturalunterstützungen, hauptsächlich Kartoffeln, spendete. Vorgesetzt ist die erste größere Geldsumme, nämlich 2000 Lire, verteilt worden. Die Unternehmer, die anfangs jede Verhandlung ablehnten und einen Verband gründeten, dessen Mitglieder sämtlich die Kapitalisierung der Arbeiter auf Gnade und Ungnade forderten, haben am 30. Tage Verhandlungen angeboten, am 40. ihren Verband aufgelöst und einzelne Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter verlangen Garantien gegen neue Regelungen, eine menschenwürdige Arbeitsordnung, Einsetzung einer dauernden Schiedsgerichtskommission u. a. und werden von keiner dieser Forderungen abgehen.

In Genua ist der Streik der Arbeiter beendet, die Unruhen dauern aber fort und es ist auch kein Ende abzusehen, da sie aus andauernder Arbeitslosigkeit entspringen, gegen die auch die Händler keine ernstlichen Maßnahmen treffen können.

Die dem „Avanti“ telegraphisch gemeldet wird, hat der Gewerkschaftsbund der Landarbeiter der Lomellina heute den allgemeinen Ausstand proklamiert.

Die Lomellina ist die an die Lombardei und Emilia angrenzende Tiefebene des Piemonts, die ein Hauptgebiet des italienischen Reisbaues ist. Die Ausständigen, die den Achtstundentag fordern, sind hauptsächlich Reisarbeiter. Die Organisation ist gut; die unterbrochenen Feldarbeiten sind in der Mehrzahl dringend, so daß auf ein baldiges Nachgeben der Grundbesitzer zu hoffen ist.

Konflikt im Londoner Droschkengewerbe. Die Droschkenkutscher Londons hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in der sie beschloßen, von den Droschkenbesitzern eine Herabsetzung der Mietpreise zu verlangen. Vor genau zehn Jahren brach ein Streik der Droschkenkutscher aus, der durch Vermittlung von Mr. Agulth (damals Sekretär des Innern im Kabinett Rosebery) beigelegt wurde. Der Mietpreis für einen Hansom-Wagen mit zwei Pferden wurde damals auf 18 Schilling pro Tag festgesetzt. Die Kutscher erklären jetzt, diesen Preis nicht mehr zahlen zu können. Sie schlagen folgende Preise vor: Hansom 14 Schilling; vierrädriger Wagen mit zwei Pferden 11 Schilling; dito mit einem Pferde 7 Schilling pro Tag.

Da die Fahrwerksbesitzer diese Forderungen ablehnten, ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ein Streik ausgebrochen. In Gefahr die Hälfte aller Kutscher, etwa 3000 an Zahl, streiken. Es herrscht ein merkwürdiger Mangel an Droschken. Einige Eigentümer haben ihre Mietpreise herabgesetzt. Etwa 500 Kutscher sollen auf diese Weise die Erfüllung ihrer Forderung erlangt haben. Diese fahren mit weißen Flaggen.

Die Textilarbeiter Barcelonas und seiner Vororte sind in einen Ausstand eingetreten. Die Zahl der Beteiligten beträgt 15 000.

Soziales.

Der ebenso langwierige wie energische Kampf der Pariser Arbeiter gegen die Arbeitsvermittlung scheint endlich von Erfolg gekrönt zu werden. Im Anschluß an die letzten Demonstrationen gegen die privaten Stellenvermittlungsbüreaus und an die dabei erfolgten Verhandlungen wurde eine Kommission der Arbeiter bei der sozialistischen Kammerfraktion vorstellig und erhielt den Rat, sich zunächst an die Pariser Stadtverwaltung zu wenden. Dies geschah; die Arbeiterdelegation wurde in einer Plenarsitzung empfangen, und es fand eine eingehende Beratung und Verhandlung unter Hinzuziehung des Polizeipräsidenten statt. Nach nochmaliger Anrufung der sozialistischen Kammerfraktion und nach Intervention beim Justizminister wurde von den maßgebenden Instanzen (Polizeipräsident usw.) die Erklärung abgegeben, sie seien bereit, in die definitive Beseitigung der privaten Arbeitsvermittlungsbüreaus einzuwilligen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 5. d. M. findet im zweiten Bezirk eine Flugblattverbreitung für die Stadtverordnetenwahl statt. Hieran müssen sich die Genossen aus allen Bezirken zahlreich beteiligen. Für die Genossen aus dem 1., 2., 3. und 4. Bezirk ist der Treffpunkt bei Bode, Rehringstr. 25, für die aus dem 5., 6., 7. und 8. Bezirk bei Herler, Kaiser Friedrichstr. 71, und zwar früh um 1/8 Uhr. Eine zahlreiche Beteiligung der Genossen ist dringend erwünscht.

Nummelsburg. Dienstagabend spricht in der Generalversammlung des Wahlvereins Genosse Mollenhuth über die politische Lage. Sonntag erfolgt zu dieser Versammlung eine Flugblattverbreitung, an der die Parteigenossen sich zahlreich beteiligen wollen.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Kämpfe um die „Große Berliner Straßenbahn“ sind in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung oft dagewesen, aber einen so eigenartigen Kampf, wie ihn in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnete Jakob führte, haben wir doch noch nicht erlebt. Zur Erörterung stand die Vorlage des Magistrats über die Erbauung von fünf städtischen Straßenbahnlinien. Herr Cassel („Alte Linke“) hatte Lieberweisung an einen Ausschuss beantragt, und von der Versammlung wurde, wie wir vorher bemerkten, so beschlossen.

Die Besprechung, die diesem Beschlusse voranging, wurde eröffnet von dem Redner der „Fraktion Kommunist“, dem Stadtv. Solmig. Ob seine Freunde der Vorlage wohlwollend gegenüberstehen oder nicht, wurde nicht recht klar; aber er kündigte eine „objektive Prüfung“ an, und das klingt immer verdächtig. Auf eine Würdigung der Vorlage ließ sich Herr Solmig selbstverständlich nicht ein. Desto nachdrücklicher wies unser Genosse Singer darauf hin, daß der erste Schritt, den der Magistrat hier endlich zur Erbauung städtischer Straßenbahnen thun will, dazu beitragen werde, das Monopol der Kapitalmächigen „Großen“ zu brechen. Singer schilderte die Leidenszeit, die die Verkehrsdeputation hat durchmachen müssen, bis es ihr endlich gelungen ist, den Widerstand des Magistrats zu brechen. Seine groß angelegte Rede weckte lebhaften Beifall, auch auf freisinniger Seite.

Nach ihm erhob sich der Stadtverordnete Jakob, um die ablehnende Haltung seiner Freunde, eines anscheinend nicht geringen Teiles der „Alten Linken“, zu begründen. Herr Jakob sprach so, daß ein Beauftragter der „Großen“ nicht anders hätte sprechen können. Er versicherte, daß er das Beste der Stadt wolle, aber dieses „Beste“ ist so, daß es für die „Große“ das allerbeste wäre. Der wackere Mann steht noch immer auf dem Standpunkt, daß die Stadtgemeinde nicht selber Straßenbahnen bauen soll. Er sei, so rief er aus, kein „arrangierter Gegner städtischer Straßenbahnen“ — er meinte „entragiert“, aber ein ärgerliches Angesicht legte ihm jenes andre Wort auf die Zunge. Die Stadtgemeinde werde am besten weglassen, wenn sie die von ihr geplanten fünf Linien der „Großen“ noch dazu gebe. „Hat die Große sonst noch Wünsche?“ fragte hier ein boshafter Zwischenrufer.

Stadtbaurat Krause erwiderte, und er wies Herrn Jakob sofort eine Reihe von Unwahrheiten nach. Dann sprach Herr Cassel für die andre Hälfte der „Alten Linken“ und wandte sich mit verblüffender Schärfe gegen seinen Fraktionsgenossen. „Der Herr Kollege Jakob“, so rief Cassel, „ist sehr geschickt in der Darstellung, aber wenn er doch nur immer die ganze Wahrheit sagen wollte!“ und dann vollzog er an ihm eine förmliche Abschlächtung. Die Stadtv. Rosenow („Neue Linke“) und Preuß („Soz.-Fortschrittler“) hieben in dieselbe Kerbe. Jakob versuchte eine Erwiderung, aber man merkte es ihm an, wie weh es ihm that, sich so von seinen eignen Freunden verlassen zu sehen. Und dabei wird die „Große“ für das Opfer, das er gebracht hat, wahrscheinlich „nicht einmal dank sagen“.

Der Magistrat war in dieser Sitzung in auffallend geringer Zahl vertreten. Stadtrat Kollé, der „Straßenbahn-Sachverständige“ des Magistratskollegiums, der für die Erbauung städtischer Straßenbahnen nicht sehr begeistert ist, glänzte durch Abwesenheit. Auch Oberbürgermeister Rischner, der die Konditionen für „unrentabel“ hält, blieb den ganzen Abend hindurch unsichtbar.

Helferthelmer des Hausagrarierbundes. Zur Belandung des Rechtsstreits, das zwischen Freisinn und Hausagrarierbund besteht, haben wir mitgeteilt, daß Berliner Grundbesitzervereine freisinnige Landtagsabgeordnete Berlins in ihre Versammlungen citieren wollen, um sie dort abzurufen, weil sie im Landtage ihre dem Grundbesitzer vor den Landtagswahlen gemachten Versprechungen nicht nach Wunsch gehalten haben sollen. Wir fügten hinzu, daß der Bund der Berliner Grundbesitzervereine schon im März die freisinnigen Landtagsabgeordneten Goldschmidt, Kopisch, Rosenow und Jwid durch einen Mahnbrief an ihre Jurgen erinnert und ihnen eingehend habe, danach zu handeln. Jetzt veröffentlicht die „Freisinnige Zeitung“ einen Brief, den der Vorsitzende des Grundbesitzervereins „Frenzauer Thor“ an den Landtagsabgeordneten Rosenow geschrieben hat und in dem die Erklärung abgegeben wird, daß die Herren Rosenow und Jwid „Verpflichtungen nicht übernommen“ hätten. Die „Freisinnige Zeitung“ versichert, daß auch die übrigen Berliner Landtags-Abgeordneten „eine bindende Verpflichtung gegenüber dem Berliner Grundbesitzer-Verein“ (ist das ein Druckfehler oder handelt es sich hier um falsche Beschränkung dieser ableugnenden Erklärung auf einen einzelnen Verein?) nicht eingegangen seien. Nun hat der Bund der Berliner Grundbesitzervereine das Wort. Er wird den Versuch machen müssen, den Herren Rosenow und Konforten das Gedächtnis zu schärfen und in ihnen die Erinnerung an jene Verhandlungen zu wecken, die vor den Landtagswahlen zwischen Freisinn und Hausagrarierbund stattgefunden haben.

Dem Ergebnis der Stadtverordneten-Erwahl im 40. Bezirk ist nun doch noch von freisinniger Seite eine kritische Besprechung zu teil geworden. Sie ist zwar ein bißchen sehr knapp ausgefallen, aber man sieht doch wenigstens den guten Willen, die Blamagen des um all seine Hoffnungen gebrachten freisinnig-konservativen Durchfalls-Kartells — wegzusamotieren. Die „Freisinnige Zeitung“ hatte, wie wir schon gestern mitteilten, in ihrer Dienstadt-Nummer gesagt: „Die Verdrängung der Sozialdemokratie aus ihrem bisherigen Bestande ist sicher, wenn alle Gegner derselben möglichst frühzeitig ihre Stimmen für Herrn Lentz abgeben.“ In ihrer Donnerstags-Nummer berichtet sie nun über den Ausfall der Wahl in einer kurzen Notiz, die also anhebt: „Bei den zwei Stadtverordnetenwahlen, die am Dienstag in Berlin stattfanden, sind, wie vorauszusehen war, die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden.“ Mit dieser Wille freisinnig-unfreiwilliger Komik dürfen wir wohl die Alten über die Wahl im 40. Bezirk schliefen.

Die Frühjahrszüge zwischen Berlin und den Vororten haben sich in diesem Jahr wesentlich anders gestaltet als im vorigen. Für April 1904 wurden, nach einer jetzt vorliegenden Zusammenstellung des Berliner Statistischen Amtes, 34 011 Personen als nach Berlin zugezogen gemeldet, darunter waren 9112 Personen, die aus einem der näheren Vororte zuzogen. Im April 1903 dagegen waren nur 32 688 Personen als zugezogen gemeldet worden, darunter hatten

sich aber 1941 Befundene, die aus Vororten kamen. Die Zuzüge aus den Vororten sind also diesmal weniger zahlreich gewesen, obwohl die für den Monat April ermittelte Gesamtzahl der Zuzüge nach Berlin sich erhöht hat. Die aus Vororten zugezogenen Personen waren an der Gesamtzahl der nach Berlin zugezogenen beteiligt: im April dieses Jahres mit weniger als 27 Proz., aber im April vorigen Jahres mit 30 Proz. Die Zuzüge nach Vororten haben sich diesmal gleichfalls vermindert, doch ist hier zu beachten, daß auch die Gesamtzahl der Zuzüge von Berlin im April dieses Jahres geringer war als in demselben Monat des vorigen Jahres. Für April wurden als von Berlin weggezogen gemeldet: diesmal 24 690 Personen, darunter 10 189 nach Vororten weggezogene, im vorigen Jahre 25 975 Personen, darunter 11 072 nach Vororten weggezogene. An der Gesamtzahl der Weggezogenen, soweit sie gemeldet wurden, waren die nach Vororten weggezogenen Personen im April 1904 mit etwa 42 Proz., im April 1903 mit etwa 43 Proz. beteiligt.

„In Freien Stunden.“ Illustrierte Wochenchrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt das 23. Heft dieser Zeitschrift zur Ausgabe. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Die Fluchtpiraten des Mississippi“ von Friedrich Gerstäcker und den Schluß der Novelle von Emile Zola: „Madame Sourdis“; außerdem eine kleine Skizze „Aesop“, sowie „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“, die den Inhalt des Heftes vervollständigen. Jedes Heft kostet 10 Pf. und ist in allen Buchhandlungen, Parteipeditionen und sonstigen Zeitungspeditionen zu haben.

Arbeitergärten vom Roten Kreuz nennt sich eine mit hoher Protection errichtete Laubenkolonie am Fürstenbrunner Weg in Charlottenburg, die vorgestern vom Besuch der Kaiserin wie man so sagt überflogen wurde. Sehr hübsch schreibt der „Lokal-Anzeiger“: „Die hohe Frau, die schon mehrfach den Wunsch geäußert hatte, das Leben und Treiben der Kolonisten selbst kennen zu lernen, hatte sich erst in fünfster Nachmittagsstunde zu dem Besuch entschlossen. Gegen 6 Uhr waren die Kolonisten durch ihre Patronatsvorsteher in aller Eile von dem in Aussicht stehenden hohen Besuch in Kenntnis gesetzt worden. Rasch wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um, so gut es ging, den kleinen von den einzelnen Familien verwalteten Gartengrundstücken und den zugehörigen Lauben ein festliches Gewand zu geben. Fähnchen, Wimpel, Girlanden und Lampen waren bald angebracht.“

Ein ganzer Stab von Beamten und Dörsingen war in Begleitung der hohen Dame, die von den Kindern der Laubenkolonisten mit „liebe Tante Kaiserin“ angeredet wurde — wenigstens nach dem „Lokal-Anzeiger“. Dann saugen die Kinder das schöne und für den hohen Besuch passende Lied „Was frag ich viel nach Geld und Gut“. Nach einem Aufenthalt von fünfviertel Stunden verließen die Kaiserin und ihre Begleitung sehr besriedigt die Laubenkolonie.

Nach so eingehender Betrachtung des Idylls am Fürstenbrunner Weg dürften in hohen Kreisen abermals lofschüttelnd Betrachtungen darüber angestellt werden, wie es nur möglich ist, daß die Bevölkerung eines Reiches, in welchem solche Pflegestätten sozialer Glückseligkeit errichtet sind, zum dritten Teil aus Socialdemokraten besteht.

Die Verlosung. Abgefahrt wurde hier ein junger Lebemann, ein 16jähriger Ferdinand Schulz aus Stettin, der dort in einer Vorstadt in einer chemischen Fabrik in der Lehre war. Der junge Mann sollte einen Brief mit 5000 Mark auf die Post bringen, nahm das Geld heraus, füllte den Umschlag mit Papierschnitzeln und gab ihn dann auf. Mit der Beute fuhr er nach Berlin, wo er sich neue Kleidung kaufte und in Sans und Braus lebte, bis er gestern von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen wurde. Da er auch eigenes Geld besessen hatte, so wurde die unterschlagene Summe für den Geschädigten fast ganz gerettet. — Mit tausend Mark durchgebekannt ist am Mittwoch ein 27 Jahre alter Buchhalter August Schulze, der bei einem Kaufmann in der Elisabethstraße angestellt war. Er hatte den Auftrag, das Geld bei der Viehkommissionsbank einzuzahlen, steckte es aber in die Tasche und dampfte damit ab. Als der Kaufmann erfuhr, daß er es nicht abgeliefert hatte, und sich in seiner Wohnung nach seinem Verbleib erkundigte, konnte ihm seine Frau nur eine auf dem Anhalter Bahnhof aufgegebene Depesche zeigen: „Mich plötzlich verreißen. Warte nicht mit dem Eien! Auf, Dein August!“

Falscher Verdacht. Wiedergefunden hat sich das Silbergeschir, das einem hiesigen Offiziercopse abhanden gekommen war. Mit seinem „Verächseln“ hat es eine eigne Bewandnis. Das Geschir sollte einem Silberarbeiter zur Ausbesserung übergeben werden. Auf telefonische Bestellung holte der Hausdiener eines Geschäfts es ab und quittierte über den Empfang mit seinem Namen. Der Silberfahmied legte das Paletts bereitete und erwartete noch eine besondere Anweisung, was mit dem Geschir geschehen solle. Beim Offiziercopse aber wußte man wohl nicht recht, welchem Geschäft man es übergeben hatte, und aus der Dämigung ging das auch nicht hervor. Da es nun nicht zurückkam, so glaubte man, daß ein falscher Hausdiener das Hergelich angeknippt und sich das Geschir angeeignet habe. Zufällig las auch wieder der Silberfahmied noch sein Hausdiener die Zeitungsnote über das Verschwinden des Schahes. Erst als jetzt die Kriminalpolizei mehrere Hausdiener des unterzeichneten Namens vorfand, wurde er wieder erwidert. Unter den Vernommenen befand sich auch der „richtige“ Hausdiener. Er machte gar kein Hehl daraus, daß er den Schah vom Offiziercopse abgeholt hatte und war überzeugt, daß er sich noch im Geschäft befinden müsse. Dort lag er denn auch noch so, wie er gekommen war.

Bei der Arbeit verunglückt. Gestern nachmittag besetzte der 60 Jahre alte Maurer Anton Stahl aus der Lottumstraße 20 den Boordweg zum Victoriafischer in der Schleifendstraße aus. Während er auf der dritten Sprosse einer Leiter stand, fuhr ein Rehlwagen ein. Dieser lief in der etwas abschüssigen Einfahrt schneller, als der alte Mann gedacht hatte, riß ihn mit der Leiter, von der er nicht so rasch hinunter kommen konnte, um, und ging über seine Beine hinweg, die beide gebrochen wurden. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Der 24 Jahre alte Maurer Robert Hagen aus der Fennstraße 22 stürzte auf einem Neubau in Regel mit einem Sad Gips, den er über den Hof trug. Der Sad fiel auf ihn und der Verunglückte zog sich innere Verletzungen und einen Unterschenkelbruch zu. Er wurde nach dem Augustahospital gebracht.

Aus der allerbesten Gesellschaft. Unsaubere Geschichten aus der Berliner Aristokratie bildeten die Unterlage einer Privatklage der Gräfin Melitta Dönhoff in Charlottenburg gegen Frau Marie v. Pannow in Wilmerdorf, die gestern vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts II verhandelt werden sollte. Die Affäre schien das Interesse adliger Kreise sehr zu erregen; im Zuhörerraum sah man eine ganze Anzahl distinguirter Herren und Damen, eine große Anzahl solcher wurde zur Zeugenschaft aufgerufen, darunter: Hammerherr v. Trotha, Herr v. Jadmund, Fräulein v. Holkenborg, Frau v. Koon, Graf Fritz Dönhoff, Fräulein v. Rostenstein, Frau v. Malczowska, Fräulein v. Solda, Fräulein v. Dähling, Hauptmann v. Köhling, Justizrat Lisso, Frau v. Trotha u. c. — Die Verhandlungen, die der Frau Gräfin Dönhoff durch die Privatbeklagte zugesagt sein sollen, waren derart, daß der Vorsitzende den Ausschluß der Öffentlichkeit in Aussicht stellte. Bevor es dazu kam, gelang es den Bemühungen der Rechtsanwalte Dr. Schwindt für die Angeklagte v. Leonh. Friedmann für die Klägerin, die Parteien zu einem Vergleich zu bewegen, so daß sich eine Verhandlung erübrigte. Frau v. Pannow gab eine Erklärung ab, daß sie die beleidigenden Äußerungen über die Privatklägerin, soweit sie sie gethan, mit dem Auserleid des tiefsten Bedauerns zurücknehme und erkläre, daß sie zu solchen Äußerungen, wie sie ihr zur Last gelegt werden, nicht die geringste Veranlassung gehabt habe oder habe. Frau v. Pannow übernahm die Kosten und Frau Gräfin Dönhoff zog die Klage zurück.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag 10 1/2 Uhr in der Wasserthorstraße unweit der Alexandrinenstraße. Ein junger Mann fuhr mit seinem Rade direkt gegen die Plattform eines Straßenbahnwagens und geriet unter den Schuprahmen. Mit schweren Kopfverletzungen wurde der junge Mann von Schutzleuten in einer Drofsche nach der Unfallstation gebracht.

Tödliche Verletzungen erlitt gestern mittag in der Seefstraße der Oberkloster Beber aus Schöneberg, der schon seit Jahren bei dem Oberleitungsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigt ist. Er fuhr auf einem Turmwagen die Seefstraße entlang, um die Drahtleitung der Straßenbahn zu kontrollieren und die notwendigen Ausbesserungen vorzunehmen. Bei einer derartigen Arbeit vor dem Hause Nr. 88 m riß eine Endverankerung dadurch, daß plötzlich die Dose eines Isolators brach. Durch den zurückspringenden Spanndraht wurde der Schloffer getroffen und vom Wagen herabgerissen. Beber wurde mit solcher Gewalt zu Boden geschleudert, daß er bestimmungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in einer Drofsche nach dem Paul Gerhardt-Stift gebracht, woselbst schwerer Schädelbruch konstatiert wurde. Der Zustand des B. ist leider hoffnungslos.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand gestern nachmittag gegen 3 Uhr in der Weidenburgerstraße statt. An der Haltestelle am Wörther Platz stand der Motorwagen 1973 der Straßenbahnlinie Danzigerstraße-Schöneberg, um Fahrgäste aufzunehmen. Der Schaffner war eben im Begriff, das Abfahrtsignal zu geben, als der Motorzug 1207 der Linie 33 (Danzigerstraße-Ayrdorf) herangekauft kam. Er fuhr mit solcher Gewalt auf den Vorderwagen auf, daß von diesem das Hinterrad herabgerissen, die Plattform eingedrückt, eine der Stirnwandscheiben zertrümmert wurden. Dem auf der Plattform stehenden 13jährigen Anaben Kindermann, bei seinen Eltern in der Schlemmerstraße 20 wohnhaft, fiel das Hinterrad auf den Kopf und brachte ihm eine stark blutende Verletzung bei, die auf der Unfallstation in der Kasanien-Allee verbunden wurde. Der Schaffner Josef Jollner erlitt eine Kontusion der linken Hüfte und mußte sich vom Dienst ablösen lassen.

Spurlos verschwunden ist der am 1. Januar 1888 zu Berlin geborene Kaufmannslehrling Wily Grothe aus Halberstadt. Er war seit Ostern 1902 in einem Tapetengeschäft in Magdeburg in der Lehre, kam von dort aus, nachdem er vorher in Herbst einen jungen Verwandten besucht hatte, nach Berlin und wurde hier in F r a u e n s t e i d e r n von der Polizei aufgegriffen und nach drei Tagen Haft, mit männlicher Kleidung versehen, wieder entlassen. Die Frauenleider gab er am Abend des 8. Mai in einem Hause der Heimstraße ab. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Da anzunehmen ist, daß er, von Wohnortstellungen befallen, umherirrt, so wird gebeten, bei seinem Auftauchen der Polizei oder dem Buchdrucker C. Wöhle, Berlin, Mariendorferstr. 16, 3 Tr., Mitteilung zu machen. Da Grothe auf der Polizei seine und seiner Eltern Adresse angab und erzählte, daß sich sein Vater in einer Irrenanstalt befand, so hätte man wohl annehmen können, daß seiner Mutter oder seinem Lehrherrn nach während der Abführung der Haftkarte Mitteilung gemacht worden wäre; dies geschah jedoch erst, nachdem G. bereits entlassen war. Der Verschwundene hat normale Größe, volles, rundes Gesicht, blaue Augen, gerade Nase, dunkelbraunes Haar, etwas große Ohrenschalen und war bekleidet mit kleinformatiger brauner Hose, grauem Jackett und ebensolcher Weste und Dinsenhut und spricht Magdeburger Dialekt.

Die Papiergewerbe-Ausstellung. Bei seine Zeitung liest oder eine Broschüre durchblättert, macht sich wohl selten Gedanken über die Wunderwerke, die der Menschengeist erfunden hat, um die technische Herstellung des Geistesloft zu ermöglichen. Mag der Maschinenkenntnis auch der nicht von der Hand zu weisende Vorwurf zu machen sein, daß sie noch keinen Apparat erfunden hat, der den Schriftsteller, den Redakteur, vollkommen überflüssig macht, so muß doch auch der Laie beim Besuch der gestern im Luisenpark in der Dresdenstraße eröffneten Papierausstellung anerkennen, daß wohl kaum in einem andern Bereich so viele arbeitssparende Maschinen in Tätigkeit sind als in dem der graphischen Künste. Fehlt in der Ausstellung immerhin die eiserne Königin, die Rotationsmaschine, so ist doch eine Sechsmaschine, die Monoline in Tätigkeit, und eine Reihe für die Steinindustrie wichtigsten Maschinen geben auch von diesem zumeist sehr kunst geratetem Zweig der schwarzen Kunst Kenntnis. Sehr zahlreich sind in der Ausstellung Sechsmaschinen vervollkommener Konstruktion und andere für die Buchbinderei wichtige Neuerungen vertreten. Aber auch die Papierverarbeitung im weiteren Sinne wird hier vorgeführt. Die Dütenfabrikation, die bisher von Gefangenen oder im Fleck der Hausindustrie betrieben wurde, wird jetzt von einer Maschine besorgt, auf die man nur eine große Papierrolle zu legen braucht, um Düten aller möglichen Größen und Formen zu erhalten. Und nicht minder imponieren die Briefumschlag-Maschinen, die das Stängen des Papiers, das Gummierten und das Falten der Umschläge selbstständig besorgen. Ein andres Wunderwerk für die Zugschneiderei ist der Spreiapparat, der mittels Pressluft vor allem auf geprägtes Papier bisher ganz unbekanntes Farbmilieu von vollendeter Schönheit aufträgt und so den bisher mühselig gebräuteten Pinsel überflüssig macht. Ueberhaupt kommt die Fabrikation von Zugschneiderei besonders anschaulich zur Geltung; es sind im Luisenpark lithographische Arbeiten von einzigartiger Schönheit ausgestellt. Sehr weit ist der Rahmen der Ausstellung insoweit gezogen, als die Bureau-Unterstützen einen ganz beträchtlichen Raum in ihr einnehmen. Die Firma Heintze u. Wändery giebt einen Ueberblick über die Herstellung von Stahlfedern und Federhaltern; von Schreibmaschinen, praktischen Schreibpulten und allem andern nur zu erfindenden Comptoirbedarf wimmelt es förmlich. Auf diesem Gebiete wird auch unser Vorwurf, daß die Geistesfähigkeit des Menschen noch immer nicht so recht von der Maschine abgelöst sei, zum Teil entkräftet. Eine neue Rechenmaschine, der „Stolzberger Millionär“, leistet in den vier Species weit mehr als Adam Riese abren konnte und giebt so doch der Hoffnung Raum, daß in einer nicht ferren Zukunft auch das Handwerk des Journalisten und Schriftstellers sich mit der Drehlatte und dem Einfaltserd erleben lasse. Hoffentlich rückt diese Zeit heran, während wir noch flott auf den Beinen sind; wir rechnen dann bei mitleidigen Arbeitgebern immerhin auf den Posten eines Zeitungsaussträgers.

Ringlämpfer im Velle-Alliance-Theater. Die unergleichlich erhabenden Tage sind dahin, wo Koch, Eberle, Peyronie und andre Sterne der Athletik im Circus Busch Vorstellung gaben, und nur seltsame Erinnerung vermag der Nachwelt noch von diesem Heroenzeitalter Kunde zu geben. Aber den Fürsten im Reiche des Uebermenschen folgen kleinere Trabanten, von denen etliche vor Wochen schon im Passage-Theater strebend sich bemühten und andre zur Zeit im Garten des Velle-Alliance-Theaters auftraten. Es wurde allerhand über faulen Zauber gemunkelt, der bei den Künstlern im Circus Busch im Spiele gewesen sei, und das bedenkliche Schlagwort muß jetzt in der Weise erhalten, daß nach dem Vorbilde des berühmten Bofo gezeigt wird, wie Geldwundigkeit seine Hexerei ist. Auf dem Gebiete der höheren Magie sind schon längst die Leute besamnt, deren Verus das Profanieren ist, und die salbstlilig demonstrieren, wie das Köpfen einer jungen Dame und andre herzerquickende Künste auf Spiegelstecherei beruhen. Ohne die Sterne erster Größe mit bürren Worten zu verächtigen, zeigen die starken Männer zweiten Grades dem im Garten des Velle-Alliance-Theaters sitzenden Publikum, wie es genocht werden könnte, um die rüchillos für Koch und Eberle schwärmende Begeisterung gründlich zum Besten zu halten. Die Herren Brand aus Danzig und Jankowski aus Posen schilderten im ersten Akt ihrer recht amüsanten Komödie den Uebergriff von hinten mit halbem Nelson — unsre Leser müssen nun schon einmal das auch uns nicht verständliche Notwendig entschuldigen — im zweiten Akt gaben sie den „Dyler-Griff“ zum Besten und im dritten Akt das „Aufreißen vom Parterre“, wobei der Gegner höher gehoben wird als nötig ist, damit er wieder in den Staub kommt. Andre noch größere Demonstrationen folgten, bis dann ein in allem Ernst ernsthaftes Ringen losging. Hierbei ging es forscher zu als im Circus Busch. Kein

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 3. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die weiße Dame.
Neues Opern-Theater. Die Fiedermaus.

Deutsches. Die Weber.
Berliner. Der jüngste Leutnant.
Festung. Zapfenstecher.
Westen. Letzte Opern-Vorstellung des Sternschen Konservatoriums.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Lumpackvagabundus.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.)
Die Wilbente.
Neues. Einen Jux will er sich machen.

Kleines. Nachtschl.
Reibenz. Die 300 Tage.
Trionon. Geschloffen.
Central. Der Raub der Sabinerinnen.
Carl Weiss. Die Zauberin am Stein.

Gehr. Herrfeld. Gastspiel der Tegernseer. Der Musterhof.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vasage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Zuvaldenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Central-Theater.
Heute und morgen Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Josefine Dora und Emil Richard, Kapellmeister.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwan in 4 Akte, von Schönlank.
Sonntag: Gastspiel Josefine Dora als Rahame Bonivard. Vorher: Er.

Belle-Alliance-Theater.
Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kam'rad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Reichshallen im feinsten illuminierten Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert.
Um 8 Uhr:
Grosse Specialitäten-Vorstellung.
Miss Alex mit ihrer Automobilschleifensahrt. — Entfaltungen der Sehen-Kämpfe. Sensationell!

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Gewandt und Robert Charvay.
Deutsch von Alfred Palm.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtschl.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
8 Uhr: Debit der neuen Juni-Specialitäten.
Lilli Tiso, amer. Sängerin. × Mr. Alexander, Stimmbräutigam. × Miss Carola, Trapes. × Bourlon u. Mayo, Redner. × Martin Kettner, Gymnast. × Messieurs Kosmograph, aktuelle Bilder vom Kriegsschauplatz.
9 1/2 Uhr:
Liebesgötter.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Reut Vieffe bei Vater Philipp.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens: 7 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Lumpackvagabundus.
Sonntagabend 8 Uhr:
Summ erntmal:
Ein unbeschriebenes Blatt.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Heimat.
Sonntagabend 8 Uhr:
Ein unbeschriebenes Blatt.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstadt-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Wilden.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Heiratsstück.
Sonntagmittag 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milhitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regeldamen, Würfelbuden, Kouditoret, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern**
Rosa und Josefa!
!! einzig dastehend in der Welt!!

Passage-Panoptikum.
Der phänomenale Riesenknabe:
Der lange Joseph.
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwedische Jungfrau.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Die Zauberin am Stein.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung, u. a. zum erstenmal in Berlin: Auto Atlas.
Diefelbe hebt mit dem Bühnen ein 16 Centner schweres Automobil.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Gehr. Herrfeld-Theater.
Gastspiel der Tegernseer.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Musterhof.
Bayr. Volkstheater mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von H. Manz.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Täglich:
Die Tochter des Heimkehrten.
Senf-Kaufmannsstück in 7 Bildern von Friliche.
Nebenher d. Sensations-Beleg, u. a.:
Paul Coradini.
Im Saal: Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30, numerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
H. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Grosses Garten-Konzert.
Theater und Specialitäten.
25 Nummern ersten Ranges.
Gr. Extratanz. Tanzleitung Hopps.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Familienfeste und Bous sind gütlich.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Täglich:
× Theater und Specialitäten. ×
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet.
Donnerstag, Sonntag u. Sonntag: **Grosser Ball.**
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Vollbelustigungen.
Im Saal: **BALL.**
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Grosse Gelangspöffe mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.
Sonntag früh 6 Uhr:
Besichtigung nach Bernau-Bienenthal-Park. Freitag 2 Uhr: Nach Französisch-Buchholz (Räder).
Seide Start: Grenzhauser Thor.

Speck Wurst Spec.: Landschinken
Speck, fett u. mager 6 Pfd. 65 Pf.
b. 5 Pfd. 60
Zwiebel- u. Rotwurst 55
bei 5 Pfd. 50
Braunsch. Zwiebelwurst 65
bei 5 Pfd. 60
Thüringer Fleischwurst 65
bei 5 Pfd. 60
Mettwurst u. Polnische 65 u. 70
Braunsch. Kalbsleberwurst 90
Pommersche Landfleischwurst 95
Prima Schinkenwurst 95
Westf. Schinkenwurst 125
echt Thüring. Cervelat und Salami 110-145
Ostpr. Landschinken 95
Delikatess-Schinken 110
Carl Klähn,
Charlottenburg,
Berliner-Strasse 119.

Arbeiter-Radfahrerverein
„Berlin“.
Sonntag früh 6 Uhr:
Besichtigung nach Bernau-Bienenthal-Park. Freitag 2 Uhr: Nach Französisch-Buchholz (Räder).
Seide Start: Grenzhauser Thor.

7. August Schmidt,
Köpenickerstr. 110
Tabakfabrik
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten
Schnupf-, Rauch- und Kautabak.
Cigarren, Cigaretten. — Amt IV, 7309.
Gegründet 1883.

Thöldtes
Grand Restaurant „Ostend“.
Schönstes Lokal an der Obersprea am Wald und Wasser gelegen.
Billige Dampfverehrten von Witzelbrücke, Wochentags 20 Pf. (mit Kaffeehaus-Dampfer) Sonntags 40 Pf., ca. halbständlich.
Sonntags: Grosses Frei-Konzert und Ball.
Reine Gänge sind noch einige Sonnabende an Vereine, Gesellschaften, Fabriken zu vergeben.

Central-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Sektion Putzer.
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gegesigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Deputation, Annulierung des letzten Versammlungsbeschlusses, das Stützungsrecht betreffend. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
183/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, 84/90
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung d. Bürsten- u. Pinselmacher etc.
im Lokal von Pfeffer, Rosenhalestr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kollegen F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streik bei der Firma Schächter, Borsigstr. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Branchenkommission.

Treppengeländer-Fabriken!
Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt und Branche muß Delegierte entsenden. —
Verbandsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstr. 39:
Versammlung.
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen. — Außerdem werden die Kollegen auf die diesjährige Landpartie aufmerksam gemacht. — Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57 (Gornaustr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke (früher Nämann), Brunnenstr. 189:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik unserer Kollegen bei der Großen Berliner Straßenbahn. 2. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages. 3. Antrag der Verwaltung, den Unorganisierten keine Unterstützung mehr zu zahlen. 4. Verschiedenes.
Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, muß jeder pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Gleichzeitig machen wir auf das am Sonntagabend, den 11. Juni, im Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, stattfindende **Sommerfest mit Ball etc.** aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!
Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 1 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Große öffentliche Versammlung
des Verbandes der Gasenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin II.
Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen ergreifen wir zur besseren Durchführung des Lohnstreiks? Referent: Kollege Deder aus Magdeburg. 2. Diskussion und Verschiedenes.
19/8
In dieser Versammlung werden die Kollegen vom Berliner Holz-Comptoir, der Kollege Altman ganz besonders eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Rixdorf.
Vereinslokal: H. Thiel, Bergstr. 151/152.
Sitzung: jeden Dienstagabend 7 1/2 Uhr.
5. Juni, 1 Uhr: nach Briesdorf. 12. Juni, früh 8 Uhr: Familienfest nach Reus Rühle. 19. Juni, 1/2 Uhr: nach Briesdorf. 26. Juni, 1 Uhr: nach Radom. 3. Juli, 12 Uhr: nach Steglitz. — Dienstag, den 12. Juli, **Generalversammlung.** Gäste willkommen.
Der Vorstand.
12/12

Im Verlage von G. Birk & Co., München, erschien soeben:
Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie u. Taktik der Sozialdemokratie.
(104 S. brosch. 75 Pf.)
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie direkt vom Verlage zu beziehen. (Porto 10 Pf.)
Demnächst erscheint:
Fritz Brupbacher: Kindersagen — und kein Ende?
(Preis 20 Pf.)
Der Verfasser, ein Schweizer Arzt und Parteigenosse, erörtert hier in streng wissenschaftlicher Weise die Frage des „Kindersagens“ für die Arbeiterklasse und dürfte damit eine der wichtigsten Gegenwartsfragen, die von unserer Seite beantwortet werden müssen, zur lebhaften Diskussion gestellt haben.
61971*

Central-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Sektion Putzer.
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gegesigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Deputation, Annulierung des letzten Versammlungsbeschlusses, das Stützungsrecht betreffend. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
183/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, 84/90
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung d. Bürsten- u. Pinselmacher etc.
im Lokal von Pfeffer, Rosenhalestr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kollegen F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streik bei der Firma Schächter, Borsigstr. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Branchenkommission.

Treppengeländer-Fabriken!
Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt und Branche muß Delegierte entsenden. —
Verbandsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstr. 39:
Versammlung.
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen. — Außerdem werden die Kollegen auf die diesjährige Landpartie aufmerksam gemacht. — Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57 (Gornaustr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke (früher Nämann), Brunnenstr. 189:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik unserer Kollegen bei der Großen Berliner Straßenbahn. 2. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages. 3. Antrag der Verwaltung, den Unorganisierten keine Unterstützung mehr zu zahlen. 4. Verschiedenes.
Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, muß jeder pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Gleichzeitig machen wir auf das am Sonntagabend, den 11. Juni, im Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, stattfindende **Sommerfest mit Ball etc.** aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!
Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 1 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Große öffentliche Versammlung
des Verbandes der Gasenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin II.
Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen ergreifen wir zur besseren Durchführung des Lohnstreiks? Referent: Kollege Deder aus Magdeburg. 2. Diskussion und Verschiedenes.
19/8
In dieser Versammlung werden die Kollegen vom Berliner Holz-Comptoir, der Kollege Altman ganz besonders eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Rixdorf.
Vereinslokal: H. Thiel, Bergstr. 151/152.
Sitzung: jeden Dienstagabend 7 1/2 Uhr.
5. Juni, 1 Uhr: nach Briesdorf. 12. Juni, früh 8 Uhr: Familienfest nach Reus Rühle. 19. Juni, 1/2 Uhr: nach Briesdorf. 26. Juni, 1 Uhr: nach Radom. 3. Juli, 12 Uhr: nach Steglitz. — Dienstag, den 12. Juli, **Generalversammlung.** Gäste willkommen.
Der Vorstand.
12/12

Im Verlage von G. Birk & Co., München, erschien soeben:
Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie u. Taktik der Sozialdemokratie.
(104 S. brosch. 75 Pf.)
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie direkt vom Verlage zu beziehen. (Porto 10 Pf.)
Demnächst erscheint:
Fritz Brupbacher: Kindersagen — und kein Ende?
(Preis 20 Pf.)
Der Verfasser, ein Schweizer Arzt und Parteigenosse, erörtert hier in streng wissenschaftlicher Weise die Frage des „Kindersagens“ für die Arbeiterklasse und dürfte damit eine der wichtigsten Gegenwartsfragen, die von unserer Seite beantwortet werden müssen, zur lebhaften Diskussion gestellt haben.
61971*

Central-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Sektion Putzer.
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gegesigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Deputation, Annulierung des letzten Versammlungsbeschlusses, das Stützungsrecht betreffend. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
183/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, 84/90
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung d. Bürsten- u. Pinselmacher etc.
im Lokal von Pfeffer, Rosenhalestr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kollegen F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streik bei der Firma Schächter, Borsigstr. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Branchenkommission.

Treppengeländer-Fabriken!
Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt und Branche muß Delegierte entsenden. —
Verbandsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstr. 39:
Versammlung.
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen. — Außerdem werden die Kollegen auf die diesjährige Landpartie aufmerksam gemacht. — Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57 (Gornaustr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke (früher Nämann), Brunnenstr. 189:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik unserer Kollegen bei der Großen Berliner Straßenbahn. 2. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages. 3. Antrag der Verwaltung, den Unorganisierten keine Unterstützung mehr zu zahlen. 4. Verschiedenes.
Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, muß jeder pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Gleichzeitig machen wir auf das am Sonntagabend, den 11. Juni, im Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, stattfindende **Sommerfest mit Ball etc.** aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!
Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 1 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Große öffentliche Versammlung
des Verbandes der Gasenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin II.
Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen ergreifen wir zur besseren Durchführung des Lohnstreiks? Referent: Kollege Deder aus Magdeburg. 2. Diskussion und Verschiedenes.
19/8
In dieser Versammlung werden die Kollegen vom Berliner Holz-Comptoir, der Kollege Altman ganz besonders eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Rixdorf.
Vereinslokal: H. Thiel, Bergstr. 151/152.
Sitzung: jeden Dienstagabend 7 1/2 Uhr.
5. Juni, 1 Uhr: nach Briesdorf. 12. Juni, früh 8 Uhr: Familienfest nach Reus Rühle. 19. Juni, 1/2 Uhr: nach Briesdorf. 26. Juni, 1 Uhr: nach Radom. 3. Juli, 12 Uhr: nach Steglitz. — Dienstag, den 12. Juli, **Generalversammlung.** Gäste willkommen.
Der Vorstand.
12/12

Im Verlage von G. Birk & Co., München, erschien soeben:
Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie u. Taktik der Sozialdemokratie.
(104 S. brosch. 75 Pf.)
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie direkt vom Verlage zu beziehen. (Porto 10 Pf.)
Demnächst erscheint:
Fritz Brupbacher: Kindersagen — und kein Ende?
(Preis 20 Pf.)
Der Verfasser, ein Schweizer Arzt und Parteigenosse, erörtert hier in streng wissenschaftlicher Weise die Frage des „Kindersagens“ für die Arbeiterklasse und dürfte damit eine der wichtigsten Gegenwartsfragen, die von unserer Seite beantwortet werden müssen, zur lebhaften Diskussion gestellt haben.
61971*

Central-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Sektion Putzer.
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gegesigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Deputation, Annulierung des letzten Versammlungsbeschlusses, das Stützungsrecht betreffend. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
183/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, 84/90
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung d. Bürsten- u. Pinselmacher etc.
im Lokal von Pfeffer, Rosenhalestr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kollegen F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streik bei der Firma Schächter, Borsigstr. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Branchenkommission.

Treppengeländer-Fabriken!
Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt und Branche muß Delegierte entsenden. —
Verbandsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstr. 39:
Versammlung.
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen. — Außerdem werden die Kollegen auf die diesjährige Landpartie aufmerksam gemacht. — Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57 (Gornaustr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke (früher Nämann), Brunnenstr. 189:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik unserer Kollegen bei der Großen Berliner Straßenbahn. 2. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages. 3. Antrag der Verwaltung, den Unorganisierten keine Unterstützung mehr zu zahlen. 4. Verschiedenes.
Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, muß jeder pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Gleichzeitig machen wir auf das am Sonntagabend, den 11. Juni, im Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, stattfindende **Sommerfest mit Ball etc.** aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!
Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 1 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Große öffentliche Versammlung
des Verbandes der Gasenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin II.
Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen ergreifen wir zur besseren Durchführung des Lohnstreiks? Referent: Kollege Deder aus Magdeburg. 2. Diskussion und Verschiedenes.
19/8
In dieser Versammlung werden die Kollegen vom Berliner Holz-Comptoir, der Kollege Altman ganz besonders eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein Rixdorf.
Vereinslokal: H. Thiel, Bergstr. 151/152.
Sitzung: jeden Dienstagabend 7 1/2 Uhr.
5. Juni, 1 Uhr: nach Briesdorf. 12. Juni, früh 8 Uhr: Familienfest nach Reus Rühle. 19. Juni, 1/2 Uhr: nach Briesdorf. 26. Juni, 1 Uhr: nach Radom. 3. Juli, 12 Uhr: nach Steglitz. — Dienstag, den 12. Juli, **Generalversammlung.** Gäste willkommen.
Der Vorstand.
12/12

Im Verlage von G. Birk & Co., München, erschien soeben:
Paul Kampffmeyer: Wandlungen in der Theorie u. Taktik der Sozialdemokratie.
(104 S. brosch. 75 Pf.)
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie direkt vom Verlage zu beziehen. (Porto 10 Pf.)
Demnächst erscheint:
Fritz Brupbacher: Kindersagen — und kein Ende?
(Preis 20 Pf.)
Der Verfasser, ein Schweizer Arzt und Parteigenosse, erörtert hier in streng wissenschaftlicher Weise die Frage des „Kindersagens“ für die Arbeiterklasse und dürfte damit eine der wichtigsten Gegenwartsfragen, die von unserer Seite beantwortet werden müssen, zur lebhaften Diskussion gestellt haben.
61971*

Central-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Sektion Putzer.
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Welche Folgen hat bis jetzt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gegesigt? 2. Beschlußfassung über den Antrag der Deputation, Annulierung des letzten Versammlungsbeschlusses, das Stützungsrecht betreffend. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
183/19*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, 84/90
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung d. Bürsten- u. Pinselmacher etc.
im Lokal von Pfeffer, Rosenhalestr. 57.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Kollegen F. Leopold. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streik bei der Firma Schächter, Borsigstr. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung halber erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Die Branchenkommission.

Treppengeländer-Fabriken!
Montag, den 6. Juni, abends 8 Uhr
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Jede Werkstatt und Branche muß Delegierte entsenden. —
Verbandsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend
Am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Franke,
Sebastianstr. 39:
Versammlung.
Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht zu erscheinen. — Außerdem werden die Kollegen auf die diesjährige Landpartie aufmerksam gemacht. — Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei August Schröder, Sebastianstr. 50.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57 (Gornaustr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.
Montag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke (früher Nämann), Brunnenstr. 189:
Beschließende Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streik unserer Kollegen bei der Großen Berliner Straßenbahn. 2. Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages. 3. Antrag der Verwaltung, den Unorganisierten keine Unterstützung mehr zu zahlen. 4. Verschiedenes.
Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, muß jeder pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Gleichzeitig machen wir auf das am Sonntagabend, den 11. Juni, im Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, stattfindende **Sommerfest mit Ball etc.** aufmerksam und bitten um rege Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bretterträger u. Brettschneider!
Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 1 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Große öffentliche Versammlung
des Verbandes der Gasenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin II.
Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen ergreifen wir zur besseren Durchführung des Lohnstreiks? Referent:

Sechster Delegiertentag der Fieder-Gemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands.

(Abgehalten in Dresden am 22. und 23. Mai.) Außer den Vertretern des Ausschusses, der Kontroll- und Dirigenten-Prüfungskommission, sind vertreten sämtliche größeren Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands, sowie Vertreter der Tonkunst in der Eigenschaft als Bundesdirigenten und zwar: Berlin, Kassel, Dresden, Hamburg, Leipzig, München, Pirna. — Aus dem Geschäftsbericht des Ausschusses geht hervor, daß sich die Mitgliederzahl seit dem letzten Delegiertentage in Erfurt 1901 fast verdoppelt hat. Es gehören der Gemeinschaft an: 35 Arbeiter-Sängervereine und 11 Einzelvereine mit einer Gesamt-Mitgliederzahl von 62,017. Die vorgeschlagene Gau-Einteilung hat beträchtlich zur Zunahme der Mitgliedschaft beigetragen. Original-Kompositionen wurden 93 eingeleitet. Nach vorgenommener Prüfung sind von diesen 9 für anzunehmen erklärt. Der Geschäftsbericht des Archivars Alex. Kaiser ist ebenfalls einen bedeutend erhöhten Umsatz nach, und zwar fast einer Einnahme von 10 240,95 M. einer Ausgabe von 8072,33 M. gegenüber.

Bei der Berichterstattung der Prüfungskommission kam es zur eingehenden Kritik über die bisher angeschafften Lieder. Man erkannte an, daß nicht alle Kompositionen den Anforderungen entsprächen, die an ein gutes Arbeiterlied gestellt werden müssen; doch seien bedeutende Fortschritte zu verzeichnen und die Zukunft berechtige zu den besten Hoffnungen, insbesondere, da sich bedeutende Komponisten bereit erklärt haben, auch auf dem Gebiete des freizeithlichen Liedes der „Fiedergemeinschaft“ zu der Verfügung zu stehen.

Das Vorgehen der Genossenschaft deutscher Tonsetzer wurde eingehend diskutiert. Wenn auch der Verlag der „Fiedergemeinschaft“ nicht direkt davon berührt wird, so haben doch die Bundesvereine, welche von andren Verlegern ebenfalls Lieder beziehen, darunter zu leiden. Es wurde betont, daß von den einkommenden Tantiemen

ein großer Prozentsatz für Verwaltungskosten draufgeht; dann erhalte der Verleger seinen Anteil, und der Rest gehöre dem Tonsetzer. In einem Schreiben berechnet ein Komponist seine Tantieme von der Aufführung eines Liedes auf 20 Pf. — Der Delegiertentag sprach sich dahin aus, daß man es den Tonsetzern nicht verdenken könne, wenn sie ihre Lage zu verbessern suchen, hält aber das jetzige Vorgehen nicht für geeignet. Den Vereinen wird empfohlen, Werke, welche abgabepflichtig sind, nicht anzuschaffen.

Das bisher zweimal jährlich herausgegebene Flugblatt hat großen Anklang gefunden; es wurde hervorgehoben, daß sich dieses würdig allen andren musik-wissenschaftlichen Schriften zur Seite stellen kann; es wurde beschlossen, dasselbe jährlich viermal herauszugeben. Die gestellten Anträge, welche sich in der Hauptsache auf Inhalt und Wert der Lieder beziehen, wurden teilweise abgelehnt und zum großen Teil dem Ausschusse zur Berücksichtigung überwiesen.

Als Sitz des Ausschusses wurde wiederum Berlin bestimmt und die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der Sitz der Kontrollkommission, welcher bisher in Dresden war, ist nach Leipzig verlegt. Die Mitglieder der Dirigenten-Prüfungskommission, welche bisher aus sieben Personen bestand, wurde auf fünf reduziert und haben folgende Orte zu einem Delegierten zu stellen: Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, München. Als Ersatz-Rezessenten hat je einen Berlin und Frankfurt a. M. zu bestimmen. Als Ort zur Abhaltung des nächsten Delegiertentages ist Berlin gewählt.

Aus den Verhandlungen ist ersichtlich, daß die „Fiedergemeinschaft“ sich rüstig weiter entwickelt und jetzt schon durch ihre Mitgliederzahl eine Macht bedeutet, mit der im musikalischen Leben gerechnet werden muß. Auch die Komponisten, die sich bisher um die Arbeiterlieder nicht kümmerten, sollten daran denken, dem Arbeiterliede ihre Kraft zu widmen; es wäre nicht zu ihrem Schaden, weber in geschäftlicher noch in künstlerischer Hinsicht!

Alle Einwendungen von Kompositionen, sowie Anfragen, sind an den Obmann des Ausschusses, Otto Rasche, Berlin SO., Wrangelstraße 8 II., zu richten.

Table with 4 columns: Commodity, Price, and other details. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Witterungsübersicht vom 2. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind direction, Temperature, and other weather data.

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Juni 1904. Etwas kühl, veränderlich, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger, Arbeiter und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kauft nur Brot und andre Backwaren aus den Bäckereien, in welchen unsre bescheidenen Forderungen erfüllt werden.

Nur dort sind die Forderungen bewilligt, wo die mit dem Stempel des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, und der Unterschrift:

Karl Hekschold, Rosenthalerstraße 11-12 versehenen Plakate aushängen.

Wir bitten das geehrte Publikum, streng auf obiges zu achten, da von vielen Bäckermeistern versucht wird, durch Aushängen von nachgeahmten und gefälschten Plakaten die Bevölkerung zu täuschen und irrezuführen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl des Brot konsumierenden Publikums, diese Versuche der Täuschung, die von den Bäckermeistern unternommen werden, zu nichte zu machen.

Wir hoffen, dass uns die Bevölkerung auch ferner wie bisher in unserm berechtigten Kampfe unterstützen wird!

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen. Wir haben daher diesen Leuten unsre Plakate entzogen.

Viele Meister nehmen, durch die Innungen scharf gemacht, unsre Plakate aus den Fenstern und machen den Kunden gegenüber allerhand Ausreden.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

Achtung! Hausfrauen, Arbeiter von Moabit!

Nachstehende Bäckermeister haben auf hektographiertem Bogen in voriger Woche bei der Streikleitung ihre Bewilligung zurückgezogen:

- List of names and addresses of bakery masters in Moabit who have withdrawn their consent.

- List of names and addresses of bakery masters in other districts (Schöneberg, Charlottenburg, etc.) who have withdrawn their consent.

- List of names and addresses of bakery masters in Berlin who have withdrawn their consent.

- List of names and addresses of bakery masters in other districts (Charlottenburg, Rixdorf, Grünau, etc.) who have withdrawn their consent.

Lasse sich daher niemand täuschen!

Arbeiter, Hausfrauen! Kauft nur dort, wo die Plakate mit unserm Stempel anhängen.

Die Streikleitung.

